

Matrosen demonstrieren 1917 in Petrograd. Russisches Staatliches Archiv für Film- und Fotodokumente, Krasnogorsk

Stephen A. Smith

Revolution in Russland

Das Zarenreich in der Krise 1890–1928

Aus dem Englischen von
Michael Haupt

Verlag Philipp von Zabern

Die englische Originalausgabe ist 2017 bei Oxford University Press unter dem Titel *Russia in Revolution. An Empire in Crisis, 1890 to 1928* erschienen.
© S. A. Smith 2017

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Der Zabern Verlag ist ein Imprint der WBG.

© 2017 by WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
Umschlaggestaltung: Jutta Schneider, Frankfurt am Main
Umschlagbild: Gemälde von Nikolai Babasyuk. Foto: akg-images
Redaktion: Christina Kruschwitz, Berlin
Satz: Mario Moths, Marl
Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-8053-5068-6

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:
eBook (PDF): 978-3-8053-5123-2
eBook (epub): 978-3-8053-5124-9

INHALT

Einleitung 7

1. Die Wurzeln der Revolution: von den 1880er Jahren bis 1905 19
2. Von der Reformzeit zum Krieg: 1906–1917 75
3. Von Februar bis Oktober 1917 121
4. Bürgerkrieg und Sieg der Bolschewiki 178
5. Kriegskommunismus 252
6. Die *Neue Ökonomische Politik I:* Politik und Wirtschaft 304
7. Die *Neue Ökonomische Politik II:* Gesellschaft und Kultur 358

Schlussbetrachtung 425

Anmerkungen 448
Danksagung 483
Register 484
Bildnachweis 496

4. BÜRGERKRIEG UND SIEG DER BOLSCHEWIKI

Für die Bolschewiki war es von äußerster Dringlichkeit, der Bevölkerung zu zeigen, dass sie sich um all jene Probleme kümmern würden, die zur Abkehr der Arbeiter, Soldaten und Bauern von der Provisorischen Regierung geführt hatten. So verabschiedete der Zweite Kongress am 26. Oktober Erlasse zu den brennenden Problemen von Frieden und Landreform.[1] Noch am Abend bildeten die Bolschewiki eine Regierung, den „Rat der Volkskommissare" (*Sownarkom*), dessen 15 Mitglieder sämtlich Bolschewiki waren. Das war ganz offensichtlich mit der bis dahin geläufigen Idee einer „Rätemacht" nicht zu vereinbaren, denn all jene, die dem Slogan „Alle Macht den Räten" gefolgt waren, verstanden darunter, dass das „Zentrale Exekutivkomitee der Sowjets" (in der russischen Abkürzung VTsIK) eine Regierung unter Beteiligung aller sozialistischen Parteien in den Sowjets bilden würde. Als Protest gegen die Einparteienregierung der Bolschewiki drohte die antibolschewistische Exekutive der Bahnarbeiter am 29. Oktober mit Streik, sollte es keine Gespräche zur Bildung einer alle sozialistischen Parteien umfassenden Regierung geben. Führende Bolschewiki mit Kamenew an der Spitze traten dafür ein, dass die Partei ernstgemeinte Verhandlungen aufnehmen solle, aber Lenin drohte damit, „zu den Matrosen zu gehen", um das zu unterbinden, was er für den Versuch rechtsgerichteter Sozialisten hielt, auf Zeit zu spielen. Angesichts der Tatsache, dass Rechte Sozialrevolutionäre in Petrograd und Moskau darum kämpften, das neue Regime zu stürzen, war Lenins Erwägung nicht unbegründet. Zudem hatten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre durch ihre Weigerung, Lenin oder Trotzki in eine Koalitionsregierung aller Sowjets einzubinden, ihr Blatt zweifelsfrei überreizt. Dennoch traten, als die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden, fünf Bolschewiki aus dem Rat der Volkskommissare aus, weil, wie der gemäßigte Bolschewik W. P. Nogin formulierte, „wir davon

ausgehen, dass eine rein bolschewistische Regierung sich nur durch politischen Terror an der Macht halten kann". Allerdings tragen Hardliner aller Parteien ein gewisses Maß an Verantwortung dafür, dass es nicht gelang, eine demokratisch-sozialistische Regierung zu bilden, die den Ausbruch eines Bürgerkriegs hätte verhindern können.

Schließlich bildeten die Bolschewiki doch eine Koalitionsregierung. Am 17. November traten sieben Linke Sozialrevolutionäre in den Rat der Volkskommissare ein, obwohl sie Bedenken hegten, weil der Rat dem Zentralen Exekutivkomitee nicht eindeutig rechenschaftspflichtig war, und weil die Bolschewiki „bürgerliche" Zeitungen geschlossen hatten.[2] Dieser Eintritt erlaubte den Bolschewiki zu behaupten, der Rat sei eine authentische Sowjetregierung, die auf zwei Parteien beruhte, welche das Proletariat bzw. die arbeitende Bauernschaft vertraten. Die Linken Sozialrevolutionäre sollten eine entscheidende Rolle spielen, als es darum ging, den Allrussischen Sowjet der Bauerndelegierten zu schwächen, dessen von Rechten Sozialrevolutionären beherrschte Exekutive den militärischen Widerstand gegen die Bolschewiki unterstützt hatte. In den nächsten Monaten verabschiedeten Rat und Exekutivkomitee eine Flut von Erlassen und Anordnungen zu ganz unterschiedlichen Problemen. Dabei ging es um den Achtstundentag, die Produktionskontrolle durch die Arbeiter, die Abschaffung der Todesstrafe für Frontsoldaten, die Abschaffung von sozialen Ständen, die Rechte der nicht-russischen Völker, die Verstaatlichung der Banken, die Wahl von Armeeoffizieren, die nicht-kirchliche Heirat, die Reform des Alphabets und die Annullierung der Auslandsschulden.[3] Damit förderte die Regierung ihre Selbstdarstellung als Sachwalterin der Herrschaft des arbeitenden Volks und als Erneuerin des gesellschaftlichen Lebens auf der Grundlage von Gleichheit und Gerechtigkeit.

Stark war die Hoffnung, die bolschewistische Machtergreifung sei nur das Vorspiel zu einer weltweiten Revolution. Diese Hoffnung verbreitete ein vom Moskauer Militärisch-Revolutionären Komitee am 3. November 1917 nach der Zerschlagung des Widerstands der Sozialrevolutionäre veröffentlichtes Manifest:

> „Genossen und Bürger! Die gesamte Welt ist von einer tiefen Krise ergriffen. Der vom Kapital verursachte Krieg hat bei den arbeitenden Massen aller Länder einen gewaltigen Schock ausgelöst.

> Überall wächst die Revolution des Proletariats. Und der russischen Arbeiterklasse fiel die große Ehre zu, als erste die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigt zu haben. Zum ersten Mal in der Geschichte haben die arbeitenden Klassen die Macht in die eigenen Hände genommen und ihr Blut für die Freiheit gegeben. Diese Freiheit werden sie sich nicht wieder aus den Händen nehmen lassen. Das bewaffnete Volk bewacht die Revolution."[4]

Interessanterweise ließ das Manifest den Sozialismus völlig unerwähnt (was zu der Zeit nicht ungewöhnlich war) und stellte die neue politische Ordnung als eine dar, die das „Volk", „das Proletariat", „Arbeiter, Soldaten und Bauern" und die „arbeitenden Klassen" repräsentierte. Das legt nahe, dass Linke Sozialrevolutionäre im Militärisch-Revolutionären Komitee bei der Formulierung mitgewirkt haben.

Trotz erheblicher Begeisterung für die neue Regierung war von Anfang an klar, dass die Bolschewiki um die Sicherung der neuen Ordnung würden kämpfen müssen. In der Forschung ist umstritten, wann genau der Bürgerkrieg begann, doch scheint die Annahme sinnvoll, dass er sich seit Kornilows Rebellion allmählich aufbaute und sich dann, nachdem die Bolschewiki – illegalerweise, wie viele meinten – die Macht ergriffen hatten, intensivierte. Kerenski, der am 25. Oktober nach Pskow geflohen war, konnte den Kosakengeneral Petro Krasnow dazu bewegen, Truppen in Marsch zu setzen, um die Hauptstadt zurückzuerobern. Krasnows Soldaten hatten schon bald das 20 Kilometer südlich von Petrograd gelegene Zarskoje Selo in ihre Gewalt gebracht. Am 29. Oktober erhoben sich Absolventen der „Junker"-Schulen (Ausbildungsstätten für Offiziersanwärter) in der Hauptstadt, um Krasnows Vormarsch zu unterstützen. Angeführt wurden sie vom „Komitee für die Errettung von Mutterland und Revolution", in dem Rechte Sozialrevolutionäre die Mehrheit hatten. In Moskau erklärte das Militärisch-Revolutionäre Komitee nach fünftägigem hartem Kampf gegen das von Sozialrevolutionären beherrschte „Komitee für öffentliche Sicherheit" die Macht des Sowjets für etabliert. Das Komitee hatte den Kreml besetzt und einige Dutzend Bolschewiki erschossen, noch nachdem sie sich ergeben hatten.

Nun wurden, vor allem in der zentralen Industrieregion sowie in den Provinzen von Ural und Wolga, an die 350 militärisch-revolutionäre Komitees gegründet, die zumeist mit dem lokalen Sowjet verbunden waren und die Aufgabe hatten, die „Konterrevolution" zu bekämpfen. Einige dieser Komitees bestanden nur aus Bolschewiki, die meisten jedoch repräsentierten eine Koalition linksgerichteter Parteien, darunter Linke Sozialrevolutionäre, Anarchisten, menschewistische Internationalisten und gelegentlich sogar Mitglieder der Sozialrevolutionären Partei.[5] Im November riefen die Atamanen A. I. Dutow (im Südural) und A. M. Kaledin (in den Donprovinzen) ihre Kosakentruppen zusammen, um die Sowjetmacht zu stürzen. Zugleich gelang Sowjet-Streitkräften im fernen Osten nach heftigen Gefechten mit Kosaken und Armeeoffizieren die Einnahme von Irkutsk. Der eigentliche Bürgerkrieg begann jedoch in den ukrainischen Donprovinzen, wo sich in Nowotscherkassk unter Führerschaft der Generäle Alexejew und Kornilow eine aus Offizieren, Anwärtern, Studenten und Kosaken bestehende Freiwilligenarmee gebildet hatte.

Im November und Dezember fanden die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung („Konstituante") statt. Das war der erste Test für die Bolschewiki, anhand dessen sie prüfen konnten, inwieweit sie von der Bevölkerung unterstützt wurden. In den vorangegangenen Monaten hatten die Bolschewiki aus der Tatsache, dass die Provisorische Regierung die Wahlen verschoben hatte, Kapital schlagen können. Nach der Machtergreifung vom Oktober jedoch argumentierte Lenin, dass eine parlamentarische Demokratie gleich welcher Art nur als Feigenblatt für die Herrschaft der Kapitalisten diene, während die auf direkt gewählten Sowjets beruhende Regierung eine höhere Form von Demokratie darstelle. Einige Bolschewiki wollten nicht einsehen, warum Sowjetmacht und Parlament nicht miteinander vereinbar sein sollten, und sie trieben die Wahlen zur Konstituante erfolgreich voran, weil sie davon ausgingen, dass die Koalition mit den neuen Bündnispartnern, den Linken Sozialrevolutionären, ihnen den Sieg bescheren würde. Am 25. November begannen die Wahlen, die sich in einigen Gebieten über mehrere Monate hinzogen, weil es keinen telegrafischen Kontakt zu peripheren Regionen gab oder weil Wahlunterlagen und -lokalitäten fehlten. In der Region der Kubankosaken fanden die Wahlen gar erst vom 2. bis 4. Februar 1918 statt, also zu einer Zeit, da der Bürgerkrieg schon voll im Gange war.

Gemäß den vollständigen oder partiellen Auszählungen von 75 der 81 Wahlbezirke (inklusive sieben an der Front) gab es 48,4 Millionen

gültige Stimmen. Davon entfielen auf die Sozialrevolutionäre 19,1 Millionen (39,5 Prozent), auf die Bolschewiki 10,9 Millionen (22,5 Prozent), auf die Kadetten 2,2 Millionen (4,5 Prozent) und die Menschewiki 1,5 Millionen (3,2 Prozent).[6] In den nicht-russischen Grenzgebieten erhielten nicht-russische sozialistische Parteien mehr als sieben Millionen Stimmen, wobei zwei Drittel der ukrainischen Bevölkerung für ukrainische Sozialrevolutionäre, Nationalisten oder Sozialdemokraten stimmten. Die Sozialrevolutionäre waren die klaren Gewinner – vor allem wenn man die Stimmen für ihre Schwesterparteien in den nicht-russischen Grenzgebieten hinzunimmt –, aber sie punkteten vor allem bei der Landbevölkerung. Die Bolschewiki führten an, dass ihr neuer Bündnispartner, die Linken Sozialrevolutionäre, den Löwenanteil der Stimmen geholt hätten, wenn sie als eigenständige Partei hätten antreten können, doch dem steht entgegen, dass in den sechs Wahlbezirken, in denen die Linken Sozialrevolutionäre als eigenständige Organisation auftraten, ihre Stimmenanteile keineswegs besonders hoch waren. Eine Ausnahme bildete nur die Ostseeflotte. Hauptsächlich wurden die Bolschewiki von Arbeitern, Soldaten und Matrosen unterstützt; 42 Prozent der 5,5 Millionen Stimmen in den Streitkräften gingen an die Partei, die fortwährend für die Beendigung des Kriegs eingetreten war. In Sibirien holten die Bolschewiki nur 8 Prozent der Stimmen – gegenüber 75 Prozent für die Sozialrevolutionäre –, doch von den Garnisonssoldaten gaben 55 Prozent ihre Stimme den Bolschewiki.[7] Diese Resultate stellten wohl den Höhepunkt an Unterstützung für die Bolschewiki dar, die in den folgenden Monaten beträchtlich abnehmen sollte.

Am 5. Januar fand die Eröffnungssitzung der Verfassunggebenden Versammlung statt, wobei die Umstände alles andere als ermutigend waren. Der Beginn verzögerte sich auch deshalb, weil Matrosen, Soldaten und Rote Garden auf eine Gruppe von Demonstranten, die die Versammlung unterstützten, das Feuer eröffnet hatten. Es gab zwölf Tote (darunter acht Arbeiter der Rüstungsfabrik Obuchow) und mindestens 20 Verwundete. Ein Flugblatt bezeichnete die Demonstranten als „Volksfeinde".[8] Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde der langjährige Führer der Sozialrevolutionäre und ehemalige Landwirtschaftsminister Wiktor Tschernow gewählt; er erhielt 244 Stimmen. Zweitplazierte war die Führerin der Linken Sozialrevolutionäre, Maria Spiridonowa, die 151 Stimmen

erhielt. Die Delegierten votierten dann mit 237 gegen 146 Stimmen dafür, die von den Sozialrevolutionären vorgeschlagene Tagesordnung zu diskutieren, bei der die Probleme von Frieden und Landreform ganz oben standen, während das Prinzip der Sowjetmacht keine Erwähnung fand. In den frühen Morgenstunden verkündete der Führer der Matrosen der Ostseeflotte, der Anarchist A. G. Scheljesnakow: „Die Wache wird müde", und schloss die Sitzung – für immer, wie sich herausstellen sollte.

Realistisch betrachtet ist es unwahrscheinlich, dass die Verfassunggebende Versammlung eine stabile Regierung hätte bilden können. Der politische Konflikt war jetzt sehr viel stärker entflammt als noch im Sommer 1917, und die Mehrheit der Delegierten war nicht bereit, den Bolschewiki in deren wichtigstem Anliegen Folge zu leisten und die parlamentarische Demokratie zugunsten einer Diktatur des Proletariats aufzugeben. Die 70 Prozent der Bauern, die für die Versammlung gestimmt hatten, weil sie von ihr die Legalisierung ihres Anspruchs auf Landbesitz erwarteten, verfolgten die Schließung mit Gleichmut, weil sie darauf vertrauten, dass das Land nun ihnen gehörte.[9]

Die folgenreichste Tat der Regierung war die Verkündung des Friedensdekrets am 26. Oktober. Alle kriegführenden Mächte wurden aufgefordert, Friedensgespräche auf folgender Grundlage zu beginnen: keine territorialen Annexionen, keine Entschädigungszahlungen, nationale Selbstbestimmung. Dann veröffentlichten die Bolschewiki die von den Alliierten geschlossenen Geheimverträge, um die „schmutzigen Machenschaften der imperialistischen Diplomatie" bloßzustellen. Da das Friedensdekret von den Alliierten abgelehnt wurde, unterzeichneten die Bolschewiki am 2. (15.) Dezember in Brest-Litowsk ein Waffenstillstandsabkommen mit den Mittelmächten und begannen am 9. (22.) Dezember Verhandlungen mit Deutschland für einen Separatfrieden, was sie bis dahin abgelehnt hatten. Die Deutschen stellten harte Bedingungen; sie forderten die Abtrennung der Ukraine, die Annektion der baltischen Gebiete und die Bildung eines polnischen Rumpfstaats. Die Bolschewiki spielten auf Zeit. Am 5. (18.) Januar 1918 stellten die Mittelmächte ein Ultimatum, in dem sie die Abtretung aller zur Zeit von Deutschland und seinen Verbündeten besetzten Gebiete forderten. Lenin beharrte darauf, dass das Ultimatum akzeptiert werden müsse. Er wies darauf hin, dass die Sowjets nicht die Mittel hätten, dem zu widerstehen, und dass weiteres

Zögern die Sache nur verschlimmern würde. Damit rief er die wohl für alle Zeiten tiefste Spaltung in der bolschewistischen Partei hervor.

Für Nikolai Bucharin und die Linke – die sich jetzt als linkskommunistische Fraktion organisiert hatte – war die Kapitulation gleichbedeutend mit der Aufgabe des Kampfes für die Ausweitung der Revolution nach Deutschland. Am 17. (30.) Januar unternahm Trotzki, der die Streitkräfte gern demobilisiert hätte, aber kein Friedensabkommen wollte, den Versuch, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, zog sich aber am 28. Januar (9. Februar) davon zurück und verweigerte die Unterzeichnung eines Vertrags. Am 27. Januar (8. Februar) unterzeichneten die Mittelmächte ein separates Abkommen mit der ukrainischen Rada. Am 18. (5.) Februar (jetzt gemäß dem neuen Kalender) verlor die deutsche Oberste Heeresleitung die Geduld und schickte Truppen im Umfang von 700 000 Mann in die Ukraine und nach Russland. Sie trafen auf keinen nennenswerten Widerstand. Am 23. Februar bot Deutschland Bedingungen an, die noch drakonischer waren als die bisherigen. Am Abend trat das Zentralkomitee zu seiner entscheidenden Sitzung zusammen. Die Linke erhielt vier Stimmen gegen Lenins sieben, während sich vier Mitglieder, die Trotzkis Slogan „Kein Krieg, kein Frieden" unterstützten, der Stimme enthielten. Lenin beharrte so fest darauf, die Bedingungen zu akzeptieren, dass die Linke kurz mit den Linken Sozialrevolutionären die Möglichkeit erörterte, Lenin als Kopf der Regierung abzulösen und zu einem „revolutionären Krieg" zurückzukehren. Aber am 3. März wurde der Friedensvertrag in Brest-Litowsk unterzeichnet. Die Bedingungen waren äußerst hart: Das ehemalige russische Reich verlor die baltischen Provinzen, die gesamte Ukraine und einen großen Teil von Weißrussland. Verloren war damit ein Drittel der Landwirtschaft und der Eisenbahnlinien, nahezu die gesamte Erdöl- und Baumwollproduktion sowie drei Viertel der Kohle- und Eisenvorkommen. Der Vertrag sicherte Deutschland die Vorherrschaft in ganz Ost- und Mitteleuropa. Immerhin sollte sich Lenins Kalkulation, dass dem Vertrag kein langes Leben beschert sein würde, als richtig erweisen, doch nicht aus dem Grund – eine sozialistische Revolution in Deutschland –, auf den er gesetzt hatte.[10]

Unterdessen sahen sich die Bolschewiki auch Druck von Seiten Finnlands ausgesetzt. am 18. Dezember erkannte die Sowjetregierung die

Unabhängigkeit Finnlands an, vertraute aber darauf, dass die Kräfte der sozialistischen Revolution auch in dem ehemaligen Großherzogtum im Aufstreben begriffen waren. Nach der Unabhängigkeitserklärung band der frühere zaristische General Carl Gustav Mannerheim die Weißen Garden in eine finnische Weiße Armee ein, die nun den Kampf gegen die Roten Garden aufnahm. Diese hatten Helsinki am 27./28. Januar eingenommen und eine finnische Sozialistische Arbeiterrepublik ausgerufen. Nun wurde Finnland in einen vier Monate währenden opferreichen Bürgerkrieg gerissen. Kaiser Wilhelm II. und General Erich Ludendorff entwickelten einen Plan, um die finnischen Roten Garden auszulöschen und dann südwärts in Richtung Petrograd zu marschieren, doch ein eisiger Winter zwang General von der Goltz, mit dem Einsatz seiner Interventionstruppe bis zum April zu warten. Nachdem er seine Einheiten mit den Weißen Garden vereinigt hatte, konnte von der Goltz den Roten eine vernichtende Niederlage beibringen und Helsinki sowie das Industriezentrum Tampere am 12./13. April einnehmen. Der Bürgerkrieg endete am 15. Mai, aber das Töten ging weiter. Weißer Terror forderte das Leben von über 5 600 Personen, und 12 500 starben an Hunger und Krankheiten in den Gefangenenlagern – all dies in einem Land mit gerade einmal 3,1 Millionen Einwohnern.[11] Der finnische Krieg wurde mit Recht der erste jener „brutalen konterrevolutionären Feldzüge" genannt, „mit denen in der Geschichte der politischen Gewalt im 20. Jahrhundert ein neues Kapitel begann".[12]

Die Expansion der Sowjets

Trotz der unsicheren Lage des neuen Regimes breitete sich die Sowjetmacht im Winter 1917/18 im ganzen ehemaligen russischen Reich aus. Ende November begannen die Bolschewiki damit, eine Reihe von „Staffeln" zu entsenden. Das waren Sonderkommandos, die die Bahnstrecken bereisten, um Kontakt mit den über 900 Sowjets aufzunehmen, die seit der Februarrevolution entstanden waren. In vielen hatten Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Mehrheit, und sie waren nicht geneigt, sich für die „Sowjetmacht" auszusprechen, weshalb es lokalen Garnisonen oder ad hoc gebildeten militärisch-revolutionären Komitees

oblag, sie zu neutralisieren. Im Januar 1918 konnten die Bolschewiki behaupten, sich die Gefolgschaft der örtlichen Regierungen in den meisten größeren Städten gesichert zu haben, obwohl die Unterstützung häufig genug auf unsicheren Beinen stand. Wie leicht oder schwer es war, die Sowjetmacht zu etablieren, hing von vielen Faktoren ab: von der politischen Färbung des örtlichen Sowjets, von der Durchsetzungskraft der Bolschewiki vor Ort, von der Existenz einer Garnison oder einer schlagkräftigen Truppe von Arbeitern sowie von der ethnischen Zusammensetzung. In Sibirien etablierte sich die Sowjetmacht entlang der Transsibirischen Eisenbahn, und mit Beginn des Jahres 1918 wurde die überwältigende Mehrheit des Leitungspersonals der Sowjets in Kleinstädten und Bezirken von Bolschewiki gestellt. Das waren hauptsächlich Berufsrevolutionäre, die zu Zarenzeiten dorthin ins Exil geschickt worden waren. Angesichts der Tatsache jedoch, dass es in Sibirien nur wenige Industriearbeiter gab und 90 Prozent der sibirischen Bauernschaft unabhängige Landwirte waren, hielt sich die Macht der Bolschewiki in Grenzen.[13]

Auf dem Lande entstanden Sowjets auf Bezirks- und Stadtebene, häufig veranlasst durch von der Front heimkehrende Soldaten. Viele hundert Resolutionen, verabschiedet von Sowjets in Provinzen, Bezirken und Städten der Wolgaregion, zeigen, dass die meisten Bauern in den Sowjets ein Mittel sahen, die Macht in die Hände der arbeitenden Menschen zu legen. In der Uralregion fiel die Unterstützung für die Sowjets weniger eindeutig aus. In der Provinz Perm gab es elf Bezirke, wobei im Bezirk Kamyschlowski „fast alle Städte sich hinter die Sowjetmacht stellten und die Notwendigkeit anerkannten, sich mit den Delegierten des Arbeitersowjets der jeweiligen Stärke entsprechend zu verbinden." Ganz anders dagegen sah es im Bezirk Krasnufimski aus. Dort

> „sind wohlhabende Leute, sogar Kulaken, in den städtischen Sowjet gewählt worden und haben mit allen erdenklichen Mitteln versucht, die Arbeit der Sowjets zu behindern … Häufig mussten wir repressive Maßnahmen ergreifen, um die Sowjets neu zu organisieren. Als die Roten Garden auftauchten, versetzte das die örtliche Bevölkerung in Angst und Schrecken, sodass der Sowjet sehr schnell reorganisiert wurde."[14]

Auf Dorfebene gab es nur wenige Sowjets, weil die Umverteilung von Land die traditionelle Dorfgemeinschaft gestärkt hatte. Und obwohl die Semstwos im Sommer 1917 einer demokratischen Neuwahl unterzogen worden waren, wurden diese Institutionen im Allgemeinen nur von den Sozialrevolutionären unterstützt. Moskau, seit dem 12. März 1918 die neue Hauptstadt – Petrograd drohte die Einnahme durch deutsche Truppen –, hatte nur wenig Einfluss auf Bezirks- und Stadtsowjets, sodass diese die Erlasse der Zentralregierung ungestraft ignorieren konnten. Am 2. Mai 1918 beschwerte sich der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten, G. I. Petrowski, darüber, dass diese Sowjets „ihre lokalen Interessen vor die des Staates stellen und auch weiterhin Brennstoff und Holz, das für Eisenbahnen, Fabriken und Betriebe vorgesehen ist, beschlagnahmen".[15] Je mehr sich die Sowjetmacht auf dem Land etablierte, desto stärker wurde die Tendenz, die politische Macht auf die unteren Ebenen zu verlagern.

Der „Triumphzug der Sowjetmacht", einst ein beliebtes Thema der sowjetischen Geschichtsschreibung, war zwar kein Mythos, erwies sich aber als kurzlebig. Im Frühjahr 1918 gab es in vielen Provinz-Sowjets Rückschläge für die Bolschewiki, die bisweilen, wie in den Städten Kaluga und Briansk, auf die Demobilisierung der örtlichen Garnison zurückzuführen waren. Schlimmer noch war der rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Versorgung mit Lebensmitteln. Dadurch wurden viele Arbeiter, die sich vom Sieg der Bolschewiki ein Ende ihrer wirtschaftlichen Sorgen erhofft hatten, desillusioniert. In Twer, einer Stadt mit Textilindustrie, verscherzten sich die lokalen Kommisare, insbesondere der Linke Sozialrevolutionär A. Abramow, das Vertrauen der Bevölkerung, indem sie u. a. willkürliche Tötungen durchführen ließen. Am 26. März gelang es den Bolschewiki, die Lage wieder in den Griff zu bekommen: Sie lösten Abramow ab, erhöhten die Lebensmittelrationen und zogen energisch gegen „nicht parteigebundene" Kandidaten zu Felde. Am 16. und 17. April fanden Neuwahlen statt, die den Bolschewiki 67 Sitze bescherten, den Menschewiki 31, den Linken Sozialrevolutionären 11, nicht parteigebundenen Kandidaten 8 und den Sozialrevolutionären 7.[16] In Jaroslawl, einer weiteren Textilindustriestadt, kamen bei der teilweisen Neuwahl des Sowjets der Arbeiterdelegierten Ende April die Menschewiki auf 47 Sitze, die Bolschewiki und Linken Sozialrevolutio-

näre auf 38 und die Sozialrevolutionäre auf 13. Die Bolschewiki lösten den Sowjet sofort auf und verhafteten Menschewiki, was zum Ausbruch von Streiks und zur Verhängung des Kriegsrechts führte.[17]

In vielen Provinzhauptstädten führte die schlechte Wirtschaftslage zu einer Stärkung von Menschewiken und Sozialrevolutionären, wobei es politische Streitigkeiten zwischen ihnen gab, sodass sie für die Bolschewiki nur selten eine wirksame Opposition darstellten. Vom 28. März bis zum 10. April fanden Neuwahlen zum Moskauer Sowjet statt, bei denen es zwar einige Verfahrensfehler gab, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre jedoch nur ein Viertel der Stimmen auf sich vereinigen konnten.[18] Anderenorts gingen die Herausforderungen von der Linken aus. Im März errangen Maximalisten der Sozialrevolutionäre die Kontrolle über den Sowjetkongress der Provinz Samara, und in der Stadt selbst triumphierten Trupps von „Kommunarden", die, unterstützt von der Garnison, die Roten Garden vertrieben. W. W. Kuibyschew, der zu dieser Zeit dem linken Flügel der Bolschewiki angehörte, sorgte mit Militäreinheiten dafür, dass der Sowjet durch ein revolutionäres Komitee ersetzt wurde.[19] Das sind Beispiele für einen umfassenderen Prozess, in dem der lose zusammengefügte Block von Linksparteien – Linke Sozialrevolutionäre, menschewistische Internationalisten, Anarchisten, Bolschewiki –, die 1917 noch häufig zusammengearbeitet hatten, nun auseinanderfiel.

Die Bolschewiki waren schnell dabei, Sowjets aufzulösen, die von, wie sie es abfällig nannten, „kleinbürgerlichen" Kräften beherrscht wurden. Doch war diese Politik in erster Linie die Reaktion auf eine beunruhigende internationale Situation und auf die sich verschlimmernde Lebensmittelkrise im Land selbst. Anfang Mai schreckte die Verstärkung der alliierten Interventionsbemühungen die Führerschaft der Bolschewiki auf, und insbesondere musste der Aufstand der Tschechischen Legion, die an der Seite der Alliierten gekämpft hatte, den Bolschewiki zu denken geben. Am 10. Mai empfahl Lenin die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, um gegen die Alliierten vorzugehen, und es gab ernsthafte Erwägungen, die Regierung hinter den Ural zu verlegen.

Diese Angst um das Überleben des neuen Regimes führte dazu, dass die Führung der Bolschewiki die Sowjets als Mehrparteienorgane unterdrückte. Am 29. Mai erklärte ein Rundschreiben des Zentralkomitees: „Unsere Partei steht an der Spitze der Sowjetmacht. Erlasse und Maßnahmen der Sowjetmacht gehen von unserer Partei aus."[20] Am 14. Juni schloss das Zentrale Exekutivkomitee der Sowjets (Soviet CEC) Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit der Begründung aus, sie „bedienten sich aller Mittel, von schamloser Verleumdung bis hin zu Verschwörung und bewaffnetem Aufstand", um die Regierung zu destabilisieren.[21] Von da an hatte das Exekutivkomitee nur noch die Aufgabe, Entscheidungen des Rats der Volkskommissare zu ratifizieren. Der Rat wiederum bestand, weil die Linken Sozialrevolutionäre aus Protest gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk ihn verlassen hatten, nur aus Bolschewiki. Trotz gelegentlicher Konzessionen an die sozialistische Opposition während des Bürgerkriegs (siehe dazu den Abschnitt über die Unterdrückung der sozialistischen Opposition) verfügten die Bolschewiki von nun an über einen Einparteienstaat.

Bürgerkrieg

In den Jahren 1918 bis 1922 erlebte Russland ein Ausmaß an Chaos, Barbarei und Gewalt, wie es solches seit der „Zeit der Wirren" zu Beginn des 17. Jahrhunderts (1605–1613) nicht mehr gegeben hatte.[22] Schätzungen zufolge sind zwischen Mai 1918 und Ende 1920 fast 4,7 Millionen Angehörige der Roten und Weißen Streitkräfte, von Partisanentrupps und nationalistischen Armeen im Kampf oder an Krankheiten gestorben oder einfach verschwunden.[23] Die auf sowjetischem Territorium (in den Grenzen von 1926) lebende Bevölkerung ging im Vergleich zu 1917 im Jahr 1920 um 7,1 Millionen, 1921 um 10,9 Millionen und Anfang 1922 um 12,7 Millionen zurück.[24] Zu dieser Verlustrechnung gehören mindestens zwei Millionen Emigranten, doch die überwiegende Mehrheit starb, und zwar nicht im Kampf, sondern infolge von Typhus, Cholera, Pocken, Ruhr, Hunger und Kälte. Im Dezember 1919 warnte Lenin: „Entweder werden die Läuse den Sozialismus besiegen, oder der Sozialismus die Läuse." 1920 gab es eine Trockenperiode, die die Auswirkungen der Requirierung von Lebensmitteln auf dem Lande noch verschärfte, indem sie eine furchtbare Hungersnot auslöste. Sie erreichte ihren Höhepunkt im Sommer und Herbst 1921, dauerte aber noch bis Ende 1922. Sie forderte an die fünf Millionen Tote.

Der Bürgerkrieg wurde vom mit aller Härte und Grausamkeit ausgetragenen Konflikt zwischen der Roten Armee und den Armeen der Weißen beherrscht. Aber die zugrundeliegenden Konflikte waren vielschichtiger als der Kampf zwischen denen, die eine sozialistische Gesellschaft aufbauen wollten, und den anderen, die das alte Regime in irgendeiner Art wiederherzustellen gedachten. Bis zum Herbst 1918 war die wohl größte Bedrohung für die Macht der Bolschewiki die sogenannte „demokratische Konterrevolution". Angeführt wurde sie von den Rechten Sozialrevolutionären, die entschlossen waren, sich das Mandat, das sie in den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung erhalten hatten, zurückzuholen. Die Kosaken wiederum, deren elf Siedlungsgebiete sich über die südlichen und östlichen Grenzen erstreckten, kämpften um den Erhalt ihrer Standes- und zunehmend auch ethnischen Identität und suchten vornehmlich, aber nicht ausschließlich, das Bündnis mit den Weißen.

Ein wichtiges Element des Bürgerkriegs waren auch die nicht-russischen Nationalitäten, die für jeweils unterschiedliche Grade von Autonomie stritten. 1918 befanden sich die Epizentren des Nationalitätenkonflikts in Finnland und der Ukraine, 1919 in der Ukraine, in Estland, Lettland, Litauen und Finnland, 1920 in Polen, Aserbaidschan und Armenien, 1921 in Georgien und 1920–22 in Zentralasien. Hinzu kamen Konflikte zwischen ethnischen Gruppen, die aufflammten, als im Werden begriffene Nationen um eigene Territorien kämpften. Dabei gab es vor allem Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aseris, zwischen Georgiern und Armeniern, zwischen Polen und Litauern sowie zwischen Ukrainern und Polen. Ferner befand sich der im Entstehen begriffene bolschewistische Staat im konventionellen Krieg mit mächtigen Gegnern: mit Deutschland zunächst und dann mit den Alliierten, aber auch mit den neu gebildeten Nationalstaaten Polen und Finnland. Der Bürgerkrieg besaß eine umfassende internationale und geopolitische Dimension, die anfänglich mit dem Ausgang des Ersten Weltkriegs zusammenhing, schon bald aber Bedeutung für die Aussicht auf die Entstehung von Nationalstaaten in Osteuropa und für die sozialistische Revolution in Europa überhaupt sowie, in geringerem Ausmaß, für den Fernen Osten hatte.

Ein weiteres Element im Bürgerkrieg war die Aktivität von Warlords, die (auf Russisch) *atamany* oder (auf Ukrainisch) *otamany* genannt wurden. Sie betrieben ihre Feldzüge in Sibirien, Fernost und der Ukraine. Es

waren Männer, die, zumeist aufgrund von persönlichen Bindungen, über Armeen verfügten und um Territorien und Rohstoffe kämpften. Ihr politisches Bewusstsein war recht unterschiedlich ausgeprägt. So war etwa Nestor Machno ein engagierter Anarchist, dessen revolutionäre Armee all jenen, die die Südukraine von außen in ihre Gewalt zu bringen suchten, heftigen Widerstand entgegensetzte. Typischer für die unberechenbaren politischen Treueschwüre der meisten *otamany* war Nikifor Grigorjew (1885–1919), dessen Freischärler mit großer Grausamkeit in der Ukraine wüteten. Grigorjew hatte für seine Tapferkeit in der zaristischen Armee das St.-Georgs-Kreuz erhalten und war nach der bolschewistischen Machtergreifung Oberstleutnant in der Nationalen Armee der Ukraine geworden. Als die Deutschen im April 1918 Pawlo Skoropadskyi in Kiew zum Hetman der Ukraine erklärten, wurde er dessen Gefolgsmann. Im November aber schloss er sich dem Aufstand gegen Skoropadskyi an, doch als der neue Herrscher, der Regierungschef Symon Petljura, ihm verbot, gegen französische Interventionstruppen zu kämpfen, lief er zu den Roten über, gegen die er dann im Juli 1919 revoltierte und sich Nestor Machnos Anarchisten anschloss.

Rote Partisanen, die oft weit außerhalb der Kontrolle der Bolschewiki operierten und sich bisweilen kaum von Banditen unterschieden, spielten auch in Sibirien, im Transbaikal, in der Amur-Region und in Fernost eine entscheidende Rolle, insofern sie gegen die *atamany* kämpften.[25] Schließlich gab es noch die Freischärler, denen es um die Interessen lokaler Gemeinschaften ging. Vor allem griffen sie Lebensmitteltransporte und Einheiten zur Bekämpfung von Desertion an, die nicht zum Gefolge der Bewerber um nationale Macht gehörten.[26] Solche „grünen" Formationen waren vor allem im Süden der Mittelukraine, in Tambow und Westsibirien aktiv, und wenn ein Sieg der Roten drohte, entwickelten sich manche 1920/21 zu Bauernarmeen, die sich gegen das Regime der Bolschewiki erhoben.

Alle Protagonisten des Bürgerkriegs verübten extreme Gewalttaten. Rote wie Weiße verbrannten oder begruben ihre Feinde bei lebendigem Leib; kriegsgefangene Soldaten, die normalerweise in die gegnerische Armee eingereiht wurden, brachte man um, wenn es an Vorräten mangelte; Vergewaltigung war eine regelmäßig eingesetzte Waffe; die Bevölkerung wurde durch den massiven Einsatz von Artilleriefeuer oder Massenexe-

kutionen „befriedet". Pjotr Wrangel, ein General der Weißen, erinnerte sich an eine Episode aus dem Bürgerkrieg, nachdem seine Streitkräfte die Roten im Januar 1919 aus dem Kaukasus vertrieben hatten:

> „Am Rand einer der Kosakensiedlungen trafen wir auf fünf junge Kosaken mit Gewehren … ‚Wo wollt ihr Burschen denn hin?' ‚Wir wollen ein paar Bolschewiken erledigen. Eine Menge von ihnen hat sich im Schilf versteckt. Ihre Armee ist geflohen. Gestern hab ich sieben umgelegt.' Das sagte einer der Jungen, der vielleicht zwölf Jahre alt war … als hätte er etwas Großes vollbracht. Während des gesamten inneren Konflikts habe ich nie so brennend wie in jenem Moment den fürchterlichen Schrecken des brudermörderischen Kriegs empfunden."[27]

Die Gewalt erfasste auch die Zivilbevölkerung. Bauern schnitten Angehörigen der Lebensmitteltransporte die Gedärme aus dem Leib, und lokale Gemeinschaften verwüsteten Nachbardörfer, wenn sie glaubten, diese hätten sich ihr Land oder ihre Vorräte angeeignet. Die Gewalt hatte viele Funktionen. Ganz eindeutig diente sie dazu, die Feinde zu vernichten und den Gegner das Fürchten zu lehren; zudem konnte sie ideologisch unterfüttert sein. Häufig genug war es eine Möglichkeit, sich rücksichtslos alle möglichen Güter anzueignen, oder die verzweifelte Reaktion einer bedrohten Gemeinschaft. Aber Gewalt war auch das Mittel, mit dem Kampfgruppen ihre Bindungen festigten und sich eine Identität schufen.

Am 27. Dezember 1917 verkündete General Alexejew, der von März bis Mai jenes Jahres Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte gewesen war, in Nowotscherkassk die Bildung einer Freiwilligenarmee. Kornilow, der Alexejew verachtete, wurde zum Oberkommandierenden ernannt.[28] An die 4000 Offiziere, Kadetten und Studenten von Militärakademien machten sich zum Don auf, um in die junge Weiße Armee einzutreten. Man hoffte darauf, in den Kampf gegen die roten Parvenüs die Donkosaken einbeziehen zu können, die sich ihrer Geschichte als Verteidiger der staatlichen Souveränität Russlands rühmten. Aber die Beziehungen zwischen ihnen und der Freiwilligenarmee waren von Beginn an belastet, da die Kosaken in erster Linie ihre neugewonnene Autonomie verteidigen wollten, statt für die Wiederherstellung eines einheitlichen

russischen Staats zu sorgen. Im Januar drang von Norden her eine „Internationale Legion", bestehend aus begeisterten, aber schlecht ausgebildeten Roten Garden und Matrosen, 35 000 lettischen Gewehrschützen und einem zusammengewürfelten Haufen ausländischer Kriegsgefangener, in die Donregion ein und eroberte schon nach kurzer Zeit Taganrog. General Alexei Kaledin, Ataman der Donkosaken, fühlte sich dadurch so gedemütigt, dass er am 29. Januar Suizid beging.

Als am 23. Februar (10. Februar alter Zeitrechnung) Streitkräfte der Roten in Rostow am Don eindrangen, setzte Kornilow seine Truppen in Marsch – es ging nach Süden über die gefrorene Steppe. Ein heroisches Unternehmen, bekannt als „Eismarsch", das tief in das Territorium der Kubankosaken führte. Vom 9. bis 13. April unternahm Kornilow den Versuch, Jekaterinodar zu erobern, was völlig misslang. Er starb bei den Kämpfen. Die mittlerweile ziemlich angeschlagene Freiwilligenarmee wurde nun von General Anton Denikin befehligt. Im Mai suchten die Donkosaken sich mit dem deutschen Besatzungsregime zu arrangieren, was sie der Freiwilligenarmee weiter entfremdete. Diese war mittlerweile wieder 8000 bis 9000 Mann stark, weil 3000 Offiziere von der ehemaligen Rumänienfront dazugestoßen waren. Am 23. Juni begann ihr brillanter Kuban-Feldzug, im Herbst dann der gleichermaßen erfolgreiche Feldzug im Nordkaukasus. In der Folge akzeptierten Kuban- und Donkosaken die Befehlshaberschaft Denikins, der am 8. Januar 1919 mit Unterstützung der Alliierten Oberkommandierender der Streitkräfte Südrusslands wurde.



Moskau 1918: Demonstration deutscher Kriegsgefangener für die Weltrevolution

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk begann Trotzki, der jetzt Kriegskommissar war, mit dem Aufbau einer regulären Armee.[29] Ursprünglich hoffte er, dass junge Arbeiter und Bauern sich freiwillig zur Roten Armee melden würden, doch am 1. Juli hatten sich erst 360 000 einschreiben lassen. Aber trotz heftigen Widerstands durch Bolschewiki, die aus ideologischen Gründen ein stehendes Heer zugunsten von Bürgermilizen ablehnten, war Trotzki zum Aufbau einer konventionellen Armee entschlossen. Am 29. Mai führte er die Wehrpflicht wieder ein (allerdings waren noch bis 1920 17 Prozent der Soldaten Freiwillige). Seine Gegner waren besonders empört darüber, dass er ehemalige zaristische Offiziere als „Spezialisten" rekrutierte. Sie hatten viel Spielraum im Feld, unterlagen aber strenger Kontrolle durch „politisch-militärische Kommissare". Im Frühjahr 1919 kämpften mehr als 200 ehemalige Generäle sowie etwa 400 Ex-Oberste und -Oberstleutnants für die Roten.[30] Manche waren dazu gezwungen worden, und andere sahen sich in



Rotarmisten ziehen in den Kampf.

Sippenhaft genommen, aber eine überraschend hohe Zahl, darunter einige hochdekorierte Generäle, waren aus freien Stücken dabei. Anfang 1921 hatte die Rote Armee 217 000 Kommandanten (wie Offiziere nun genannt wurden), von denen ein Drittel Posten in der zaristischen Armee besetzt hatte.

Um nun eine Masse schlecht ausgerüsteter und undisziplinierter Rekruten zusammenzuschweißen, bedurfte es harter Maßnahmen. Im Falle von Massendesertion wurden Exekutionen im Schnellverfahren und die Dezimierung von Einheiten angedroht – „Erst der Kommissar und dann der Kommandant", lautete einer von Trotzkis Befehlen. In Wirklichkeit wurden nur 0,6 Prozent der normalen Deserteure erschossen; für gewöhnlich mussten sie ihre Einheit zwei- bis dreimal verlassen oder Waffen gestohlen haben. Am 2. September 1918 wurde ein „Revolutionär-militärischer Rat der Republik" gebildet, der für die Feldoperationen zuständig war, und schon bald hatte jede Front ihren eigenen Rat, der aus einem Militärspezialisten und zwei politischen Kommissaren bestand. Im Oktober wurden gewählte Parteikomitees durch „politische Abteilungen" ersetzt, die aus dem Kommissar und seinen Assistenten bestanden, eine Organisationsform, die Trotzki später auf die Gewerkschaften übertragen wollte.

Im Bürgerkrieg schlug Trotzkis große Stunde. Er erwies sich als brillanter Militärführer, was umso bemerkenswerter ist, als seine bisherigen Erfahrungen sich auf journalistische Berichterstattung von den Balkankriegen beschränkten. Als Taktiker war er flexibel und fähig, aus seinen Fehlern zu lernen. Überdies war er ein glänzender Redner und konnte so seine Leute begeistern, wenn er im Zug, der ihm als mobiles Hauptquartier diente, von Front zu Front reiste. 1923 (also zu einer Zeit, als man sich noch freimütig äußern konnte) fasste sein Kollege Anatoli Lunatscharski Trotzkis Rolle im Bürgerkrieg mit folgenden Worten zusammen:

> „Man sollte nicht davon ausgehen, dass der zweite große Führer der russischen Revolution in allen Belangen seinem Kollegen [Lenin] unterlegen ist: Es gibt zweifellos Aspekte, in denen Trotzki ihm voraus ist – er ist brillanter, klarer, aktiver. Lenin ist wie kein

> anderer dazu geeignet, den Vorsitz im Rat der Volkskommissare zu übernehmen und die Weltrevolution mit dem Hauch des Genius zu führen, aber er hätte niemals jene titanische Aufgabe schultern können, die Trotzki übernahm, als er wie ein Blitz von Ort zu Ort wechselte, erstaunliche Reden hielt, Fanfarenstößen gleich Befehle erließ, und bald hier, bald dort in unermüdlicher Weise eine schwächelnde Armee anfeuerte. In dieser Hinsicht hätte kein anderer Mensch auf Erden Trotzki ersetzen können."[31]

Es kann nicht überraschen, dass Trotzkis Arroganz und seine umstrittene Militärpolitik ihm viele Feinde verschafften. So standen etwa Stalin und Kliment Woroschilow, der politische Kommissar der Ersten Kavalleriearmee, den Militärspezialisten zutiefst misstrauisch gegenüber. Im Mai 1918, während des Feldzugs gegen die Donkosaken, wurde Stalin nach Zarizyn entsandt, wo er Schauprozesse gegen ehemalige zaristische Offiziere, die für die Rote Armee arbeiteten, führte und Dutzende von Kriegsgefangenen hinrichten ließ. Wiederholte Befehle von Trotzki, der ihn, mit Unterstützung Lenins, im Oktober von der Front zurückbeorderte, ließ er unbeachtet. Im März 1919 erlebte die Gegnerschaft zu Trotzkis Politik auf dem VIII. Parteitag ihren Höhepunkt. Stalins Vorschlag, den Status der Militärorganisationen der Partei zu stärken, wurde angenommen, aber im Hinblick auf die Militärspezialisten wurde Trotzki von Lenin unterstützt.

Während der ersten sechs Monate des Bürgerkriegs hatte die Sache der Konterrevolutionäre in den Händen von General Denikin und der entschieden antisozialistischen Freiwilligenarmee gelegen, doch im Sommer 1918 verlagerte sich das Schwergewicht der Antibolschewisten zu den Sozialrevolutionären. Im Mai 1918 hatte sich die Tschechische Legion, ein 38 000 Mann starkes Heer, das von der zaristischen Regierung aus österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen zusammengestellt worden war, entlang der Transsibirischen Eisenbahn positioniert und rückte gegen Wladiwostok vor, wo es evakuiert werden sollte, um sich den Alliierten in Westeuropa anzuschließen. Nach Zusammenstößen mit örtlichen Sowjets erließ Trotzki am 14. Mai den praktisch undurchführbaren Befehl, die Tschechische Legion zu entwaffnen. Das führte augenblicklich zum Aufstand, der sich von

Tscheljabinsk aus an der ganzen Strecke ausbreitete. Diese Rebellion brachte den Rechten Sozialrevolutionären die so dringend benötigte militärische Hilfe – eine „Volksarmee des Komutsch", also eine Armee zur Unterstützung der Verfassunggebenden Versammlung, um in den Regionen von Wolga und Ural antibolschewistische Regierungen etablieren zu können. So ließe sich das Mandat durchsetzen, das den Sozialrevolutionären in den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung zuteilgeworden war. Schon nach einigen Monaten hatte die Legion ein umfassendes Gebiet östlich der Wolga besetzt. Seitdem lässt sich von einem vollentwickelten Bürgerkrieg sprechen, in dem große Armeen an festgelegten Fronten kämpfen. Allerdings gab es nicht den Stellungskrieg, der die militärischen Auseinandersetzungen im Ersten Weltkrieg bestimmt hatte. Im russischen Bürgerkrieg fanden viele Kämpfe an Eisenbahnlinien oder mit dem Einsatz von Kavallerie statt.[32]

Der Aufstand der Tschechischen Legion bestürzte die Bolschewiki. Im April 1918 war die kaiserliche Familie von Tobolsk, wo Nikolaus II. seine Zimmermannskünste mit dem Bau einer Plattform auf dem Dach der Orangerie bewiesen hatte, nach Jekaterinburg im Ural verlegt worden. Als die Legion auf Jekaterinburg zumarschierte, entschied der örtliche Sowjet, dass die Zarenfamilie beseitigt werden müsse. Manche Historiker sind der Auffassung, dass ein Geheimbefehl dazu von Lenin und Jakow Swerdlow, dem Vorsitzenden des Zentralen Exekutivkomitees, erging, doch gibt es dafür keine Belege.[33] In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 1918 nahm sich die von Jakow Jurowski, einem Uhrmacher, der seit 1905 zu den Bolschewiki gehörte, der Sache an und erschoss Nikolaus, seine Frau Alexandra, die vier Töchter, den Sohn Alexej und vier Diener. Die Leichen wurden zu einem verlassenen Bergbauschacht gebracht, dort mit Vitriol übergossen und verbrannt. Am 25. Juli nahm die Legion Jekaterinburg ein, aber die Zarenfamilie war verschwunden.

Trotz der Unterstützung durch die Tschechische Legion erwies sich die „demokratische Konterrevolution" der Sozialrevolutionäre als scheiterndes Experiment. Am 8. Juni bildeten Sozialrevolutionäre und Kadetten in Samara, einer Stadt am Ostufer des Mittellaufs der Wolga, eine „allrussische" Regierung, die den Krieg gegen Deutschland wiederaufnehmen und die Bolschewiki stürzen wollte. Sie unternahm nichts, um die Landreform rückgängig zu machen, doch ihre Einführung der

Wehrpflicht war bei der Landbevölkerung der Region unbeliebt. Am 30. Juni gab das westsibirische Kommissariat der Sozialrevolutionäre in Omsk es auf, weiterhin von „Volksmacht" zu reden, und schloss sich mit dem Ministerrat der sibirischen Übergangsregierung zusammen, der Rechte Sozialrevolutionäre, Befürworter sibirischer Autonomie und Militärs angehörten. Diese Übergangsregierung machte sich daran, Sowjets aufzulösen, Bolschewiki zu verhaften und Landgüter ihren Vorbesitzern zurückzuerstatten.[34] In Jekaterinburg wollte eine provisorische Regierung der Uralprovinzen als Puffer zwischen Omsk und Samara fungieren, doch kam es zu Auseinandersetzungen mit der Omsker Regierung, als diese sich weigerte, die Grenzen anzuerkennen und einen Zuschlag von 50 Prozent auf das von Sibirien geschickte Getreide erhob. Nachdem die Regierungen von Omsk und Samara unter tschechischen Druck geraten waren, verständigten sie sich darauf, bei einer Zusammenkunft in Ufa im September 1918 ihre Kräfte zu vereinigen. Das führte zur Bildung der Direktoriumsregierung in Omsk, in der die Sozialrevolutionäre, obwohl sie den Weißen in der Agrarfrage weit entgegengekommen waren, nur zwei der fünf Sitze einnahmen.

Das Schicksal dieser von den Sozialrevolutionären unterstützten Versuche, zwischen den Diktaturen von rechts und links einen „dritten Weg" zu beschreiten, wurde am 18. November besiegelt, als Kosakenoffiziere die Sozialrevolutionäre der Omsker Regierung verhafteten und Admiral Alexander Koltschak als „Obersten Regenten" einsetzten. Unterdessen hatte sich weit oben im Norden, in der Provinz Archangelsk, im August 1918 mit der Hilfe von britischen Interventionstruppen eine gemäßigtere Koalition aus Sozialisten, Liberalen und Armeeoffizieren gebildet.[35] Doch auch sie wurde im Kampf mit tiefgreifenden sozialen Konflikten zunehmend nach rechts gedrückt und schließlich Opfer eines Handstreichs von Koltschak. Das Schicksal der „demokratischen Konterrevolution" ist auch deshalb interessant, weil es zeigt, dass eine demokratische Regierung zu diesem Zeitpunkt in Russland gar nicht möglich war. Angesichts der Konflikte um Landreform, industrielles Management sowie Recht und Ordnung waren die Sozialrevolutionäre nicht fähig, die Unterstützung, die sie durch die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung erfahren hatten, in eine gefestigte Regierung umzusetzen. Entscheidend ist, dass es ihnen nicht

gelang, schlagkräftige Armeen auf die Beine zu stellen. Nachdem sie konservativen Militärs erhebliche Zugeständnisse für die Zusammenarbeit gemacht hatten, wurden sie von ihnen vereinnahmt, gaben ihre Ansprüche auf demokratische Politik auf und machten das, was für die Bauern die wichtigsten Errungenschaften der Revolution waren, zur Verhandlungssache.

Nun wurde Koltschak, der „Oberste Regent" in Omsk, zum Anführer der Sache der Weißen. 1916 war er zum Befehlshaber der Schwarzmeerflotte ernannt worden und hatte nach der bolschewistischen Machtergreifung seine Dienste der britischen Armee angeboten. Er verehrte General Alfred Knox, den Leiter der britischen Militärmission in Sibirien, weil dieser all seine Hoffnungen auf einen Sturz der Bolschewiki in den eitlen und leicht beeinflussbaren Admiral setzte. Der Leiter der französischen Militärmission, General Maurice Janin, war von den Fähigkeiten eines Mannes, der keine Erfahrung im Landkrieg besaß, weniger beeindruckt. Doch trotz französischer und amerikanischer Bedenken setzten die Alliierten im Frühjahr 1919 auf den „Obersten Regenten". Widerstrebend akzeptierte Denikin Koltschaks Titel, während er in praxi mehr Macht genoss als sein Konkurrent, dem der „Rat des Obersten Regenten", die formelle Omsker Regierung, Zügel angelegt hatte. Zudem musste er noch mit schurkischen Warlords wie G. M. Semjonow, dem Ataman der Transbaikalkosaken, und I. M. Kalmykow, dessen Gräueltaten das Ansehen von Koltschaks Regime beschädigten, zurechtkommen. Doch die Anerkennung durch die Alliierten brachte Koltschak umfangreiche Waffenlieferungen und militärische Beratung ein. Außerdem hatte die Tschechische Legion bereits im August 1918 Kasan erobert, wodurch Koltschak die Reserven des Zaren in Höhe von 700 Millionen Goldrubeln in die Hände fielen. So konnte die Omsker Regierung goldreservegestützte Anleihen ausgeben.

Die Weißen standen für die Interessen der alten Eliten, waren aber keine Klassenbewegung im soziologischen Sinn. Eine Herkunftsanalyse von 71 Generälen und Offizieren, die am ersten Kuban-Feldzug der Freiwilligenarmee beteiligt waren, zeigte, dass nur 21 Prozent dem Erbadel entstammten und nur fünf Prozent Landgüter besaßen. Allerdings mag in den späteren Armeen der Weißen der Anteil von Offizieren adliger Herkunft höher gewesen sein.[36] Darin spiegelt sich

die Demokratisierung des Offizierskorps im Ersten Weltkrieg wider und erinnert uns daran, dass viele, die sich den Weißen anschlossen, dies nicht taten, um ihre familiären Privilegien zu bewahren, sondern aufgrund persönlicher Beziehungen oder trivialer Begleitumstände. Die Weißen waren zunächst und zumeist russische Nationalisten, die das „einige und unteilbare Russland" wiederherstellen, d. h. die „Anarchie" vernichten, einen starken Staat und die Werte der Orthodoxen Kirche neu beleben wollten. Gefühlsmäßig einte sie die leidenschaftliche Verachtung des Bolschewismus, der für sie eine „deutsch-jüdische" Verschwörung gegen das russische Volk darstellte (in der Propaganda der Weißen waren die Ausdrücke „Jude" und „Kommunist" austauschbar). Natürlich verabscheuten sie auch den Klassenkonflikt, und sie hassten und fürchteten die revolutionären Massen (die „wilde Bestie", wie der Journalist Ariadna Tyrkowa-Williams, ein Politiker der Kadetten, sie nannte). Die Weißen verachteten alle „müßigen Schwätzer" und sahen sich als Männer der Aktion. Sie glaubten, nur eine „starke Hand" könne Russland vor dem Abgrund bewahren. W. W. Schulgin, ein Gefolgsmann von Denikin, schrieb über die Freiwilligenarmee: „Nachdem sie die Aufgabe auf sich genommen hatte, Russland von der Anarchie zu säubern, hat sie, als unerschütterliches Prinzip einer festen Regierung, eine diktatorische Macht errichtet. Nur eine unbegrenzte, starke und feste Macht konnte die Nation retten und den zerstörten Tempel des Staatsbewusstseins neu errichten."[37] Einige führende Mitglieder von weißen Regierungen – so z. B. Wrangel – befürworteten eine Restaurierung der Monarchie, während andere meinten, eine starke Regierung könnte nach einiger Zeit zur erneuten Einberufung einer Verfassunggebenden Versammlung führen.

Die Offiziere der Weißen sahen sich gerne als über Klassen und Parteien erhaben – eine im Diskurs der Kadetten beliebte Wendung. Politische Differenzen wollten sie möglichst ausblenden, indem sie auf die Ausarbeitung detaillierter Programme verzichteten. Sie rechtfertigten das mit dem ziemlich hochtrabend so genannten Prinzip der „Nicht-Vorherbestimmung", worunter sie die Verschiebung praktisch-politischer Maßnahmen auf die Zeit nach dem Sieg im Bürgerkrieg verstanden. Allerdings hatten politische Gegner eine detaillierte Agenda entworfen, sodass die „Nicht-Vorherbestimmung" chancenlos

blieb. Im Verlauf des Jahres 1919 mussten sich die Regierungen der Weißen mit den heiklen Themen Landreform, nationale Autonomie, Arbeitspolitik und lokale Regierung auseinandersetzen. Im Allgemeinen erwiesen sich ihre Maßnahmen als unzureichend: halbherzig und zeitlich verspätet. Zudem zeigten sich innere Spannungen. Koltschaks Regierung war stabiler und vernetzter als Denikins von Ort zu Ort wandernde „Sonderkonferenz der Streitkräfte Südrusslands" und übernahm allmählich die Führung bei der Durchsetzung praktisch-politischer Maßnahmen.[38]

Im März 1919 eröffnete die Regierung Koltschak Bauern die Möglichkeit, Land vom Staat zu pachten. Da wollte Denikin nicht zurückstehen und entwickelte einen Plan, dem zufolge Kleinbauern durch die Zwangsenteignung von landadligem Grundbesitz unterstützt werden sollten, wobei jedoch Entschädigungszahlungen vorgesehen waren. Doch wurde er von seiner „Sonderkonferenz" ausgebremst, die die Rückgabe aller in der Epoche der Revolution enteigneten Ländereien forderte und darauf bestand, dass Enteignungen überhaupt erst drei Jahre nach dem Ende der Feindseligkeiten erwogen werden könnten. Allerdings wurden die Weißen angesichts ihrer drohenden Niederlage politisch kompromissbereiter. Wrangels Gesetz von 1920 zur Landreform war schon einigermaßen fortschrittlich: Es sah einen aus der Zwangsenteignung von Ländereien oberhalb einer bestimmten Norm zu bildenden Fonds vor, dem Landempfänger einen Teil ihrer Ernte abzuliefern verpflichtet waren, damit all jene, deren Land enteignet worden war, nach und nach entschädigt würden.[39]

Die politische Achillesferse der Weißen war ihre Unfähigkeit, eine Politik für die nationale Selbstbestimmung nicht-russischer Ethnizitäten zu entwickeln. Da sie sich an den Peripherien des russischen Reichs befanden, hatten die Weißen es unvermeidlich mit nicht-russischen Minderheiten zu tun, aber ihr Engagement für ein „einiges und unteilbares" Russland hinderte sie daran, dem Streben nach politischer Autonomie entgegenzukommen. Denikin hasste die „süßen, giftigen Träume vollständiger Unabhängigkeit", und einen „separatistischen" ukrainischen Staat wollte er nicht anerkennen, wenngleich er bereit war, kulturelle Autonomie zu gewähren. Aber im Nordkaukasus hatte seine Regierung 1919 keine andere Wahl, als autonome Distrikte von

Osseten, Inguscheten und anderen Völkern anzuerkennen, denn während die Terekkosaken die Weißen im Allgemeinen unterstützten, weigerten sich die Bergvölker, für die Armeen der Weißen rekrutiert zu werden. In Westsibirien bereitete die „nationale Frage" Koltschak weniger Kopfschmerzen, doch als der finnische General Mannerheim ihm im Juli 1919 für die Rückeroberung von Petrograd Unterstützung anbot und als Gegenleistung die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands forderte, wies Koltschak das Ansinnen vehement zurück. („Die Geschichte wird mir nie vergeben, wenn ich aufgebe, was Peter der Große gewann.") Kein Führer der Weißen würde die Unabhängigkeit Finnlands oder die der baltischen Länder anerkennen (auch wenn General Nikolai Judenitsch hätte überzeugt werden können), noch würden sie mit Józef Piłsudski, dem „Ersten Marschall von Polen", verhandeln.

Die Alliierten hatten im Frühjahr 1918 in Russland interveniert, auch um den Krieg an der Ostfront aufrechtzuerhalten. Als die britischen Royal Marines im März 1918 in Murmansk landeten, geschah das mit Billigung von Trotzki, der befürchtete, dass die Finnen mit ihren deutschen Verbündeten den arktischen Hafen besetzen könnten. Im August 1918 hatten ausländische Truppen in einer Stärke von 50 000 Mann die Region südlich von Archangelsk und entlang der nördlichen Dwina erobert. Als aber im April britische und japanische Truppen in Wladiwostok landeten, war das mit der Begründung, es gehe um Unterstützung für die Kriegsanstrengungen, nicht zu rechtfertigen, und die Bolschewiki meldeten heftige Proteste an. Das japanische Militär nahm die Gelegenheit wahr, das Machtvakuum in Fernost auszunutzen, um seine eigentlichen Ziele – die Einnahme der Mandschurei und die Stärkung des schwindenden Einflusses auf die japanische Innenpolitik – leichter zu erreichen. Die japanische Intervention war, zusammen mit dem allgemeineren Bestreben, auf die Niederlage der Mittelmächte hinzuwirken, der Faktor, der Woodrow Wilson im Juli dazu brachte, einer Beteiligung von US-Streitkräften an Expeditionen nach Nordrussland und Sibirien zuzustimmen, um russische „Patrioten" zu unterstützen.

Logischerweise hätte die Unterzeichnung des Waffenstillstands mit Deutschland im November die Alliierten dazu bringen sollen, ihre Intervention zurückzuschrauben, doch es geschah genau das Gegenteil.

Nachdem die deutschen Blockaden in der Ostsee und im Schwarzen Meer beseitigt waren, strömten weitere Soldaten und Waffen nach Russland hinein, während die nach Brest-Litowsk initiierte Blockade Russlands durch die Alliierten in Kraft blieb. 1919 gab es in Sibirien und Fernost, mit Einschluss der Tschechischen Legion, ausländische Truppen in einer Stärke von 150 000 Mann (was allerdings, verglichen mit der territorialen Größe von Eurasien, nicht besonders viel war). Im Transkaukasus waren 1919 20 000 britische Soldaten, deren anfängliches Ziel es war, die Eisenbahnlinie von Baku nach Batum zu sichern. In der Schwarzmeerregion schickte der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau sechs Divisionen los, um Odessa und Sewastopol zu besetzen, sodass es im Februar 1919 in ganz Südrussland (eingeschlossen die Südukraine und der Nordkaukasus) an die 60 000 ausländische Soldaten gab. Allerdings zeigten die Franzosen wenig Neigung zum Kampf, und nach der Meuterei der französischen Schwarzmeerflotte zogen sie sich im April 1919 zurück.

Von da an waren die Alliierten immer weniger bereit, sich militärisch in Russland zu engagieren, doch erhöhten sie ihre Lieferungen an die Weißen und die diversen nationalistischen Streitkräfte. Großbritannien schickte Kriegsmaterial im Wert von über 100 Millionen Pfund, das hauptsächlich an Koltschak und Denikin ging, und die USA gestatteten der russischen Botschaft in Washington die Verwendung von Krediten in einer Höhe von über 50 Millionen Dollar. Das alles diente der Ausrüstung der antibolschewistischen Streitkräfte, konnte aber die militärischen Vorteile nicht zu ihren Gunsten verschieben. Oft fehlten Lieferungen dort, wo sie dringend benötigt wurden, und auf Druck seitens der Alliierten musste Koltschak seine für das Frühjahr 1919 geplante Offensive vorzeitig beginnen.

Im Frühjahr 1919 durchmaß der Bürgerkrieg seine kritischste Phase. Vorentscheidend war, dass Koltschaks Offensive mit Denikins „Moskauer Offensive", die im Juli stattfand, nicht abgestimmt war. Im März marschierten Koltschaks Truppen mit beeindruckendem Tempo von Omsk nach Westen über den Ural zur Wolga. Dann wollten sie sich nordwärts wenden, um in Archangelsk mit General Jewgeni Millers Streitkräften zusammenzutreffen. Aber als sie Samara und Simbirsk erreichten, wo sie die Wolga überqueren wollten, hatten sie ihre Nach-

schublinien überdehnt. Die Roten gingen zum Gegenangriff über und konnten, kommandiert von dem begabten Strategen Michail Frunse, die Weißen nach Osten zurückdrängen. Am 15. Juli eroberten sie Jekaterinburg. Nachdem 6000 Soldaten der Weißen von Estland aus nach Russland eingedrungen waren, wurde im Mai um Pskow eine neue Front eröffnet. Diese Nordwestarmee stand unter dem Kommando von General Judenitsch, der die Roten im September bis fast nach Petrograd zurückdrängte: Das „Rote Petrograd" lief Gefahr, der Konterrevolution in die Hände zu fallen. Lenin wollte die Stadt aufgeben, aber Trotzki organisierte die heldenhafte Verteidigung der ehemaligen Hauptstadt, sodass die Invasoren zurückgeschlagen werden konnten.

Die spektakulärste Offensive der Weißen wurde jedoch aus dem Süden von Denikin geführt. Zwischen Januar und März hatte die Rote Armee den Kosaken die Donregion entrissen, aber im Mai konnte General Wladimir Mai-Majewski, der neue Befehlshaber der Freiwilligenarmee innerhalb der Streitkräfte Südrusslands, die Roten vertreiben und die Kontrolle über die lebenswichtige Getreideregion behalten. Im Juli marschierte Denikin mit seinen Truppen an der Bahnlinie entlang Richtung Norden. Im Oktober hatte er Tula erreicht und war nun keine 200 Kilometer mehr von der Hauptstadt entfernt. Die Roten zeigten Improvisationstalent, indem sie die Verwundbarkeit von Denikins Nachschublinien sowie die Erschöpfung und Unzuverlässigkeit seiner 100000 Mann starken Armee offenlegten. Denikins Streitkräfte erlitten in der Nachhut so unablässig Angriffe von Partisanen, die hauptsächlich der anarchistischen Armee von Machno angehörten, dass sie Hals über Kopf den Rückzug antreten mussten. Nach einem äußerst harten Winter, in dem viele Weiße in Gefangenschaft gerieten, konnten an die 34000 Freiwillige und Kosaken sich nach Noworossiisk durchschlagen, von wo aus sie im März 1920 mit Schiffen evakuiert wurden. Unterdessen drängten in Sibirien Streitkräfte der Roten Koltschaks Truppen nach Osten ab, bis sie im November Omsk, das Hauptquartier von Koltschaks Regierung, eroberten. Am 5. Januar 1920 nahm das „Politische Zentrum", das im November 1919 von der „Allsibirischen Konferenz der Semstwos und Städte" gebildet worden war, Irkutsk ein. Das zeigte, dass die gemäßigten Sozialisten noch politisch lebendig waren. Als Koltschak in Irkutsk eintraf, wurde er von Mitgliedern des Zentrums verhaftet, doch waren es lokale Bolschewiki, die ihn am 7. Februar hinrichteten.

Zu Beginn des Jahres 1920 sah es so aus, als sei den Roten der Sieg nicht mehr zu nehmen. Um jedoch der sowjetischen Expansion einen Riegel vorzuschieben, hatte Marschall Piłsudski den Plan ausgeheckt, eine Föderation unter polnischer Führung, bestehend aus Ukraine, Weißrussland und Litauen, zu gründen. Er bot dem ukrainischen Nationalistenführer Symon Petljura Unterstützung bei der Errichtung einer unabhängigen Ukraine an, wenn er dafür Ostgalizien bekäme. Am 7. Mai eroberte die polnisch-ukrainische Armee Kiew. Doch Michail Tuchatschewski, der brillante Befehlshaber der Roten Armee, konnte am 1. August die polnischen Streitkräfte über den Bug zurückdrängen. Tuchatschewski erklärte: „Der Weg zum Weltbrand führt über die Leiche des Weißen Polens. Wir werden den arbeitenden Menschen weltweit auf unseren Bajonetten Glück und Frieden bringen." Ein paar Wochen lang glaubte der ansonsten nüchterne Lenin, die Rote Armee könne Polen durchqueren und Deutschland, wo gerade eben der Kapp-Putsch niedergeschlagen worden war, die Revolution bringen. Aber die Entscheidung, den Krieg nach Polen hineinzutragen, erwies sich als Katastrophe, denn das polnische Volk erhob sich gegen seinen historischen Feind.

Als am 13. August die Rote Armee gegen Warschau vorrückte, konnte die polnische Armee einen erstaunlich erfolgreichen Gegenangriff starten (später war vom „Wunder an der Weichsel" die Rede). Die Roten hatten ihre Linien überdehnt und waren zahlenmäßig unterlegen; ihnen blieb nur der Rückzug. Im Oktober unterzeichneten die Bolschewiki mit Polen einen Waffenstillstand als Vorspiel zum Friedensvertrag von Riga im März 1921. Damit wurde die Ukraine zwischen dem Sowjetstaat und einem stark ausgeweiteten Polen aufgeteilt. Außerdem erkannte der Sowjetstaat die von Deutschland 1918 gezogene Grenze zu den baltischen Staaten an. Der Vertrag legte die Schwäche von Sowjetrussland wie auch Polen offen und sollte, wie sich bald herausstellte, das Ende der bolschewistischen Hoffnungen auf eine schnelle Ausweitung der sozialistischen Revolution auf das westliche Europa markieren.



Moskau, 5. Mai 1920: Lenin spricht vor Truppen, die an die polnische Front geschickt werden. Auf der Stufe des Podests stehen Trotzki und Kamenew.

Das Schlusskapitel des Bürgerkriegs wurde im März 1920 begonnen, als 35 000 Weiße, aus dem Dongebiet evakuiert, auf der Krim eintrafen. Man hatte zudem Baron Wrangel, der von Denikin aus dem Amt gedrängt worden war, aus dem Exil in Konstantinopel zurückgeholt, damit er die Streitkräfte Südrusslands befehlige. Er entledigte sich inkompetenter Generäle und bildete ein Kabinett, das zur Beruhigung der Alliierten für politische Reformen sorgen sollte. Trotz seiner harten Kritik an Denikins Regierung gelang es ihm ebensowenig, der Probleme – wuchernde Inflation, Spekulation und Korruption – Herr zu werden. Zwischen April und Oktober stiegen die Lebensmittelpreise 16- bis 20-mal, die für Brennstoffe 50-mal und die für Industriegüter 12-mal. Erfolgreicher war Wrangel mit seinen auf der Bildung von Eliteeinheiten basierenden Militärreformen. Nun konnte er, bisher beschränkt auf die Krim, im Juni die getreidereiche Region im Norden des Gouvernements Taurien erobern. Nachdem jedoch die polnische Front stabilisiert worden war, setzte die Rote Armee am 28. Oktober eine vernichtende Offensive in Gang, die Wrangel zu einer umfassenden Evakuierung zwang: 146 000 Soldaten samt Familien mussten auf Schiffen die Krim verlassen.

In Ostsibirien war Koltschak aus dem Weg geräumt, woraufhin die Bolschewiki zu der Überzeugung kamen, es sei besser, mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki ein Abkommen zu schließen. Im April 1920 gründeten sie eine „Fernöstliche Republik", die als unabhängiger Pufferstaat zwischen Sowjetrussland und Japan fungieren sollte. Die Regierung umfasste Bolschewiki und gemäßigte Sozialisten, wobei Moskau hinter den Kulissen die Fäden zog. Der schrecklichste der sibirischen Warlords, R. F. Ungern von Sternberg, eroberte 1920/21 die Mongolei von den chinesischen Besatzern zurück und verhalf Bogdo Gegen, der achten Reinkarnation des Lebenden Buddha, zur Macht. Damit wollte er sich eine Basis für den Sturz der Sowjetmacht schaffen. Doch fiel er den Roten in die Hände und wurde im September 1921 hingerichtet. Die japanische Armee hielt noch bis Mitte 1922 die südliche Seeprovinz und Nordsachalin besetzt, sodass Überreste der Weißen Armee dort eine Zuflucht fanden, aber im Sommer begann der Rückzug. Nach dem Fall der von Weißen kontrollierten Hafenstadt Wladiwostok wurde die Fernöstliche Republik aufgelöst.

Die Gründe für den Sieg der Roten sind vielfältig. Zunächst ist zu bemerken, dass ein Sieg der Weißen immer im Rahmen des Möglichen lag. Wären Koltschak und Denikin 1919 gemeinsam gen Moskau marschiert, statt im Abstand von fünf Monaten, oder hätte Koltschak sich mit Mannerheim verständigt, wäre die Rote Armee zu besiegen gewesen. Ihre Bürgerkriegsoperationen waren qualitativ höchst unterschiedlich: bisweilen brillant, bisweilen schlecht geplant und ausgeführt. Allerdings waren die Roten den Weißen militärisch um einiges voraus. So hatten sie, erstens, eine größere Armee: Im Verlauf des Jahres 1919 wuchs die Rote Armee von 800 000 auf fast drei Millionen Mann und umfasste im Herbst 1920 fünf Millionen, wobei die Fronttruppen die Anzahl von einer halben Million Soldaten zu keinem Zeitpunkt überstiegen. Die Gesamtstärke der Streitkräfte der Weißen war größer als häufig angenommen

und könnte im Frühjahr 1920 zwei Millionen betragen haben. Zu diesem Zeitpunkt bestanden diese Armeen jedoch nicht mehr hauptsächlich aus Offizieren, Kosaken, Kadetten und Kursanten, sondern auch aus Bauern, Stadtleuten, Intellektuellen und sogar einigen Arbeitern. Beide Seiten hatten Schwierigkeiten, Truppen auszuheben und in ihrer Stärke und Schlagkraft zu erhalten, und beide Seiten hatten unter massiver Desertion zu leiden. Desertiert wurde aufgrund von Materialknappheit in der Truppe, oder weil das heimische Feld zu bestellen war. Die Bolschewiki begegneten diesem Problem, indem sie Deserteuren eine zweite Chance einräumten, ihnen für den Wiederholungsfall jedoch die der Familie zugesicherten Steuererleichterungen und Sonderrationen zu streichen androhten.[40]

Was, zweitens, die Qualität der Roten und Weißen Armeen angeht, so standen sie einander anfangs als nahezu Gleiche gegenüber, doch gewannen die Roten während des Kriegs einen Vorsprung. Anfang 1918 schlossen sich viele erfahrene Offiziere der Freiwilligenarmee an, dieser Vorteil war jedoch dahin, als Trotzki Militärspezialisten einsetzte. Zudem konnten die Roten besser mit jungen Talenten umgehen: Zu den begabten Befehlshabern, die aus den unteren Rängen aufstiegen, gehörten S. M. Budjonni, der Kommandant der Ersten Kavalleriearmee, W. K. Blücher, der viermal den Orden des Roten Banners erhielt und 1924–27 Militärberater der Kuomintang in China war, sowie Michail Frunse, der 1919 die Offensive gegen Koltschak leitete und 1920 Wrangels Armee den entscheidenden Stoß versetzte. Dementsprechend fiel der Anteil der Militärspezialisten im Offizierskorps von drei Vierteln 1918 auf etwas mehr als ein Drittel Ende 1921.[41] Bei der Weißen Armee stellten die Kosaken zweifellos einen bedeutenden militärischen Vorteil dar, insbesondere im Hinblick auf die schnelle Verschiebung der Frontlinien. Doch kämpften sie nicht gern außerhalb ihrer Heimatländer, und ihre Autonomieträume waren letztlich mit der Vorstellung der Weißen von einem einheitlichen russischen Reich nicht vereinbar.

Ein dritter das militärische Gleichgewicht beeinflussender Faktor ist die Einigkeit oder Uneinigkeit der Führerschaft. Die Armeen der Weißen litten unter persönlichen Animositäten: zwischen Alexejew und Kornilow, zwischen Denikin und Koltschak, zwischen Denikin und Wrangel.[42] Auch bei den Führern der Roten Armee gab es Differenzen: Stalin stritt

mit Trotzki und ebenso mit Tuchatschewski, aber diese Auseinandersetzungen richteten keinen nachhaltigen Schaden an, weil die Bolschewiki sich zu einer einheitlichen Ideologie bekannten und Lenin als ihre Führungspersönlichkeit anerkannten. Viertens waren die Bolschewiki unzweifelhaft die besseren Organisatoren. Die Rote Armee verfügte über ein einheitliches Kommandozentrum – den „Revolutionären Militärrat der Republik" – der einer festgefügten politischen Oligarchie verantwortlich war. Der „Rat der Arbeiter-und-Bauern-Verteidigung", der die zivilen und militärischen Verteidigungssektoren zusammenfasste, war eine weitere zügige Erneuerung, wie auch die politischen Kommissare, die Tscheka und das Untergrund-Netzwerk der Partei in den von Weißen besetzten Gebieten. Dagegen litten die Armeen der Weißen unter Kommunikationsschwierigkeiten, waren organisatorisch zersplittert und unfähig zur strategischen Koordinierung.

Aber der entscheidende strategische Vorteil der Roten ist wohl darin zu sehen, dass sie über ein zusammenhängendes, kompaktes Territorium verfügten und so Streitkräfte ohne große Schwierigkeiten von einer Front zur anderen schicken konnten. Die Weißen dagegen kämpften an den Rändern des europäischen Teils von Russland. Die am Don gelegene Basis der Freiwilligenarmee befand sich fast 1000 Kilometer von Moskau entfernt, und von Omsk, dem Sitz von Koltschaks Regierung, waren es an die 3000 Kilometer bis Petrograd. Jeder Vorstoß in die Kerngebiete sowjetischer Macht sah sich mit dem Problem langer Nachschublinien und der Koordination von Armeen entlang der Peripherie konfrontiert. Die Eisenbahnlinien gingen sternförmig von Moskau in alle Richtungen, während laterale Verbindungslinien, die den Weißen hätten von Nutzen sein können, weitgehend fehlten. Des Weiteren konnten die Roten im Kernland, wo die Mehrheit der Bevölkerung und der Ressourcen konzentriert war, nicht nur über die Vorratslager der zaristischen Armee, sondern auch über die wichtigsten Rüstungsindustrien verfügen. Zwar standen den Weißen größere Kohlevorräte zur Verfügung, doch befanden sich im Donezbecken und in den Uralprovinzen nur zweitrangige Zentren der Rüstungsindustrie. Immerhin hatten die Weißen, vor allem in Sibirien und der Kubanregion, die bis Ende 1919 unter ihrer Kontrolle blieben, Lebensmittel in Hülle und Fülle. Die Soldaten der Weißen waren im Allgemeinen besser genährt als die der Roten, deren Ration von einem

funt (0,4 kg) Brot am Tag niedriger lag als in der zaristischen Armee, und zudem nicht immer erfüllt wurde.

Inwieweit die Unterstützung der Alliierten für die Weißen den Ausgang des Bürgerkriegs beeinflusst hat, ist umstritten, auch wenn das Ausmaß der Militärhilfe nicht unterschätzt werden sollte. Bis Mitte 1919 hatte Großbritannien den Weißen im Baltikum 40 000 Gewehre, 500 MGs (Marken Vickers und Lewis) sowie zahlreiche Panzer und Flugzeuge geliefert. Ende 1919 hatten die Streitkräfte Südrusslands 198 000 Gewehre, 6 177 MGs und 1 200 Stück Artillerie, dazu 100 000 Gewehre von den USA erhalten.[43] Aber die Regierungen der Alliierten waren sich nicht einig, inwieweit es sinnvoll sei, die Sache der Weißen zu unterstützen. Hinzu kam Misstrauen zwischen den Regierungen der Interventionsarmeen, wodurch die materielle Hilfe nie den von den Weißen gewünschten Umfang erreichte. Sie hatten also allen Grund, sich benachteiligt zu fühlen, denn wenn London, Paris und Washington wirklich entschlossen gewesen wären, die Bolschewiki zu stürzen, hätten sie weitaus mehr Einsatz von Menschen und Waffen gezeigt. Aber die Regierungen der Alliierten sahen sich mit einer kriegsmüden Öffentlichkeit und wachsender Opposition von links gegen die Intervention konfrontiert, sodass die Option „Sturz der Sowjetmacht" gar nicht auf der politischen Agenda stand. Sogar die Franzosen, die ihre umfangreichen, im Vorkriegsrussland getätigten Investionen gerne zurückerstattet bekommen hätten, waren mehr als an Russland an einer Zügelung Deutschlands interessiert. Die alliierte Unterstützung ermöglichte 1919 die Feldzüge von Koltschak und Denikin, aber deren endgültige Niederlagen lassen sich nicht darauf zurückführen, dass diese Unterstützung vielleicht nicht völlig ausreichend war.

Neben militärischen und strategischen Faktoren waren auch sozio-politische Gegebenheiten für die Niederlage der Weißen von Bedeutung. Waren ihre Generäle politisch unerfahren, so gewiss nicht ihre Ratgeber aus dem Lager der Kadetten und Monarchisten. Ein grundlegender Fehler war es, dass sie keinen glaubwürdigen Plan für eine Landreform vorlegten, was sie den Bauern verdächtig machte, umso mehr, als es genügend Fälle gab, in denen Offiziere früheren Großgrundbesitzern wieder zu ihren Landgütern verhalfen – Beispiele sind Generalmajor Uwarow in Stawropol 1918 und die Direktoriumsregierung in Ufa 1919. So konnte sich in den Bauern die Überzeugung festigen, dass mit einem Sieg der

Weißen die Rückkehr der Gutsbesitzer verbunden sein müsse. Die Roten gewannen allerdings nicht deshalb, weil sie sich der Unterstützung der Bauernmassen sicher sein konnten, denn ihre Requirierungs- und Rekrutierungspolitik rief bei der Landbevölkerung intensive Ablehnung hervor. Immerhin wurden sie als das geringere von zwei Übeln angesehen, was sich daran zeigte, dass die Bauern, sobald die Weißen die Oberhand zu gewinnen drohten, zu den Bolschewiki übergingen. Während der Dauer des Bürgerkriegs waren die in der Landbevölkerung verbreiteten Unruhen keine Gefahr für die Macht der Bolschewiki. Hinzu kam das Verhalten der weißen Truppen, insbesondere der Kosaken, deren Willkür und Plündereien eher an Banditenunwesen gemahnten. In Sibirien zum Beispiel sahen sich viele wohlhabende Bauern durch die Brutalität der *atamany* veranlasst, zu den Partisanen zu stoßen, die weit hinter den Linien gegen Koltschaks Soldaten kämpften.

Außerdem besaßen die Weißen überhaupt kein Konzept für die „nationale Frage", was viel schlimmere Folgen hatte als die sehr schwierige Beziehung zwischen Bolschewiki und nationalistischen Bewegungen. Immerhin stand das Problem der nationalen Selbstbestimmung auf der Moskauer Agenda, und es war bekannt, dass die Bolschewiki in dieser Hinsicht verhandlungsbereit waren. Und schließlich machten die Weißen zwar viel Wind um ihre Hingabe an das russische Volk, entwickelten aber keine Konzeption für eine Nation, mit der die Bauern sich identifizieren konnten. Sicher hätten sie stärker auf den religiösen Glauben setzen können, dem die Mehrheit der Bevölkerung immer noch anhing – schließlich stand die Orthodoxe Kirche auf ihrer Seite –, doch waren sie geistig zu unbeweglich und zu sehr einem militaristischen Ethos verpflichtet, als dass sie traditionelle Werte an die neue Welt der Massenpolitik hätten anpassen wollen. So konnten höchst ironischerweise die Bolschewiki – Verkünder des proletarischen Internationalismus – propagandistisch die Unterstützung der Weißen durch ausländische Mächte anprangern, um sie als falsche Patrioten und Marionetten des fremdländischen Kapitals darzustellen. Karl Radek ging sogar so weit, den Bürgerkrieg als „nationalen Befreiungskampf gegen ausländische Intervention" zu bezeichnen.[44] Das hatte zur Folge, dass nach dem Krieg gegen Polen einige führende Konservative in den Bolschewiki die einzige Hoffnung auf die Bewahrung einer gewissen Form russischer Staatlichkeit sahen.

Überhaupt waren die Bolschewiki in puncto Propaganda den Weißen weit überlegen. Der Erste Weltkrieg war eine Lehrstunde darüber gewesen, wie man die Moral von Zivilisten und Soldaten aufrechterhielt. Die Bolschewiki hatten das begriffen und im Bürgerkrieg von Anfang an die Bedeutung der von ihnen so genannten „politischen Aufklärung" erkannt. Im April 1918 führten sie verpflichtende Kurse für alle Ränge in der entstehenden Roten Armee ein, und jede Einheit besaß ihre „Kommissionen für Kultur und Aufklärung" mit Sektionen für politische Bildung, Literatur, Theater, Musik und Sport. Da die Bevölkerungsmehrheit analphabetisch und Papier notorisch knapp war, beruhte die „politische Aufklärung" weitgehend auf dem gesprochenen Wort. 1920 führten 1 415 Theatergruppen der Roten Armee und der Marine „Agitprop-Spiele" auf, in denen sie zeigten, wofür die Soldaten und Matrosen kämpften. Der Ausdruck war einfach und der Inhalt häufig eher moralisch als politisch vermittelt. Den Soldaten der Roten Armee wurden folgende Gebote auf den Weg gegeben: Sei zufrieden mit dem, was du hast; sei selbständig; wünsch dir keinen Sklaven, wenn du nicht selbst einer sein willst; achte Wissenschaft, Kunst, Kultur und Handwerk. Etwa 3 100 politische Plakate wurden produziert, die sich stilistisch an Traditionen der Volkskunst, der Bibel, der Klassik, der Französischen Revolution und der russischen Telegrafenagentur orientierten. Unter der Leitung des Dichters Wladimir Majakowski wurde ein eigenständiger Agitationsstil entwickelt, die sogenannten ROSTA-Fenster, deren Motive auffällig bunte Farben trugen und mit Hilfe von Pappschablonen vervielfältigt wurden.[45]

Alle diese Propagandaformen popularisierten ein manichäisches Bild des Bürgerkriegs: Rot gegen Weiß, Proletariat gegen Bourgeoisie, armer Bauer gegen Kulak. Die *burschui* wurden als korpulente Männer dargestellt, die meist eine Melone und eine Uhrkette trugen, während der Arbeiter ein muskelbepackter Grobschmied war. Neue Symbole wie Hammer und Sichel und der Rote Stern – das Zeichen der Roten Armee – wurden geschaffen, wobei Rot in der Volkskultur eine geheiligte Farbe und daher geeignet war, Arbeiterklasse und bolschewistische Partei mit einer quasi-religiösen Aura zu versehen. Fünf Agitprop-Züge verbrachten 659 Tage im Feld und empfingen an 775 verschiedenen Orten insgesamt 2,8 Millionen Besucher (im Herbst 1919 hatte Denikin auch drei Propagandazüge auf die Räder gestellt). Mit Hilfe von Projektoren

wurden kurze didaktische Filme gezeigt, anhand derer die Bevölkerung unter anderem erfahren konnte, wie ihre neuen Führer aussahen. Zwei Millionen Menschen sollen solche Filme gesehen haben, viele nahmen zum ersten Mal von diesem wundersamen Medium Kenntnis. Allerdings überließen die Generäle der Weißen den Bolschewiki nicht das gesamte Feld der Propaganda: Die Streitkräfte Südrusslands verfügten ebenfalls über eine „Informations- und Agitationsagentur". Sie gab Plakate und Flugblätter heraus, in denen Schauergeschichten über die (französische) „Kommune" wiedergegeben wurden, aber die Agentur hatte kaum Erfahrungen im Umgang mit Bauern und Arbeitern, und ihre Bemühungen blieben Stückwerk.

Ein Ergebnis des Bürgerkriegs war die wachsende Bedeutung der Roten Armee, die schnell zur größten staatlichen Institution anwuchs und 1920 fünfeinhalb Millionen Mann zählte, darunter eine halbe Million ehemalige Arbeiter. Die Rote Armee wurde in Ermangelung eines zahlenmäßig bedeutsamen oder politisch verlässlichen Proletariats die soziale Grundlage des Regimes. Im Kampf um die Verteidigung des Mutterlands, im Zusammenleben in kollektiven Einheiten, in der pflichtgemäßen Erfahrung politischer Erziehung erwies sich die Armee als eine Art Trainingslager für den Kern jener Aktivisten, die in den 1920er Jahren das Personal der Partei- und Staatsapparate bilden sollten.

Nationale Selbstbestimmung und die Wiederherstellung des Imperiums

Zwischen Oktober 1917 und Ende 1918 entstanden auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Reichs 13 neue Staaten. Finnland, Transkaukasien, die baltischen Provinzen und die westlichen Grenzgebiete mit Einschluss der Ukraine spalteten sich ab, und Russland fand sich bald in den Grenzen wieder, in denen es vor der Regierungszeit Peters des Großen existiert hatte.[46] In den meisten der nicht-russischen Grenzgebiete ging die Macht auf die nationalistische Intelligenzija über, was teilweise aus Mangel an starken Volksbewegungen geschah. Schließlich war Russland nicht durch kraftvolle nationale Befreiungskämpfe in die Knie gezwungen worden. Die meisten nationalistischen Bewegungen waren nicht

in den Massen verankert und allzu häufig durch interne politische Konflikte geschwächt, wobei es insbesondere um Landreformen ging, die die Interessen der Großgrundbesitzer bedrohten. Überdies waren viele Bewegungen zwischen Rot und Weiß hin- und hergerissen und suchten Unterstützung bei den Mittelmächten oder den Alliierten. Diese Schwäche konnten die Bolschewiki ausnutzen, um die meisten Territorien des ehemaligen Imperiums zu einer Sowjetunion zu vereinen. Damit erhebt sich natürlich die Frage, wie ernsthaft das Engagement der Bolschewiki für nationale Selbstbestimmung gewesen sein mochte.

Die am 2. November 1917 veröffentlichte „Erklärung der Rechte der Völker Russlands" hob alle für Nationalitäten und Religionen geltenden Beschränkungen auf und sicherte den Völkern Russlands das Recht auf Selbstbestimmung zu, darin eingeschlossen das Recht auf Loslösung vom russischen Gemeinwesen. Vor 1914 hatte Lenins unversöhnliche Ablehnung des „großrussischen Chauvinismus" und sein Eintreten für nationale Selbstbestimmung ihn wohl zu dem Führer der damaligen sozialistischen Bewegung gemacht, der den Bestrebungen „unterdrückter Nationen" am gewogensten war. Für ihn konnte die internationale Solidarität der Arbeiterklasse nur auf der freien und freiwilligen Verbindung unterschiedlicher Völker beruhen. Die „Erklärung der Rechte der arbeitenden und ausgebeuteten Menschen" vom 3. Januar 1918 bestimmte den neuen Staat als „Föderation nationaler Sowjetrepubliken". Doch wurde bald deutlich, dass es in der bolschewistischen Partei kaum Einigkeit darüber gab, wie das Verhältnis zwischen nationaler Selbstbestimmung und Klassenkampf zu bestimmen sei.

Auf dem Dritten Kongress der Sowjets am 15. Januar 1918 verwies Stalin, der im Dezember zum Volkskommissar für Nationalitätenfragen ernannt worden war, auf den noch ungelösten Konflikt mit der ukrainischen Rada und konstatierte unverblümt: „Das Prinzip der Selbstbestimmung muss ein Mittel für den Kampf um den Sozialismus sein und den Grundsätzen des Sozialismus untergeordnet werden." In der Diskussion zeigte sich ein äußerst breites Meinungsspektrum. Jewgeni Preobaschenski vom linken Flügel der bolschewistischen Partei ging noch weiter als Stalin. Für ihn durfte der Nationalismus nur gefördert werden, wenn er sich gegen den Imperialismus richtete, und in Sowjetrussland musste der Kampf gegen den Nationalismus besonders unbarmherzig geführt

werden, weil bourgeoise Kräfte ihn benutzten, um den Sozialismus zu untergraben. Der Rechte Sozialrevolutionär Lwowitsch-Dawidowitsch rügte Stalin für seine Rede, „die mit der Politik des Zentralismus gesättigt war". Er wies darauf hin, dass die österreichischen Sozialdemokraten mit ihrem Versuch, die nationale Selbstbestimmung dem Klassenkampf unterzuordnen, gescheitert seien. Der Anarchokommunist Ge trat für die Selbstbestimmung der Klasse, nicht der Nationalität ein, während Martow für die menschewistischen Internationalisten darauf bestand, dass man den nationalen Minderheiten nicht vorab eine sowjetische Regierungsform zudiktieren könne.[47] Alle diese Ansichten, auch die der Nicht-Bolschewiki, sollten die Parteipolitik während des Bürgerkriegs beeinflussen.

Die Bolschewiki erkannten die Unabhängigkeit Finnlands an, taten sich aber mit den drei baltischen Staaten sehr viel schwerer, auch weil es dort überall Bewegungen (unterschiedlicher Stärke) gab, die mit der Sowjetmacht sympathisierten. Besonders in Lettland genossen die Bolschewiki großen Rückhalt in der Arbeiterklasse. Im Februar 1918 hatten die Deutschen ganz Lettland erobert und einer nationalistischen Regierung ins Amt geholfen. Ende 1918 holte die Rote Armee das Land zurück und machte Pēteris Stučka, einen prominenten Juristen, zum Präsidenten der Lettischen Sowjetrepublik. Obwohl er gegen Ende des 19. Jahrhunderts Mitglied der Bewegung „Neue Strömung" gewesen war, stand er nationalistischen Bestrebungen fern, und seine ultralinke Politik der Kollektivierung der Landwirtschaft verärgerte die Bauernschaft. Im Mai 1919 waren deutsche Streitkräfte, denen die Alliierten den Verbleib im Baltikum zwecks Vertreibung der Roten gestattet hatten, führend an der Erstürmung von Riga beteiligt, was schließlich zur Wiedereinsetzung einer nationalistischen Regierung unter Karlis Ulmanis führte.

In Estland, wo 1918 viele Städte von Sowjets regiert wurden, begingen die Bolschewiki einige Fehler: Sie reagierten gleichgültig auf nationalistische Gefühlsbekundungen, versäumten es, die baltischen Barone zu enteignen, und verhielten sich feindselig gegen andere Parteien, was schließlich dazu führte, dass der nationalistisch eingestellte Provisorische Landtag (die Maapäev) gestärkt wurde. Als Anfang 1919 die Rote Armee einen Invasionsversuch unternahm, konnten die von der Maapäev eingesetzten Streitkräfte mit Hilfe der Weißen, britischen Marineeinhei-

ten und finnischen Freiwilligen die Roten zurückschlagen. Im Juni 1919 kam es zu Auseinandersetzungen zwischen deutschen und estnischen Streitkräften; der Konflikt wurde von britischen Truppen unterbunden, die nun, nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, darauf bedacht waren, die Deutschen aus dem Baltikum zu vertreiben. Im Februar 1920 erkannte Sowjetrussland die Unabhängigkeit Estlands, und im August desselben Jahres die Unabhängigkeit Lettlands mitsamt dem Gebiet Lettgallen an.

In Weißrussland und Litauen hinterließ der mit Deutschland geschlossene Waffenstillstand ein Machtvakuum, das Polen und Rote nutzten, um die Kontrolle über ein Grenzgebiet zu erlangen, wo die Bevölkerung weder vorwiegend weißrussisch noch litauisch war und einen großen Anteil von Polen und Juden aufwies. Im Februar 1918 erklärte der nationalistisch ausgerichtete Litauische Staatsrat, die Taryba, „im ewigen und starken Bündnis mit Deutschland" Litauen zum unabhängigen Staat. Hauptstadt war Vilnius. Der neue Staat sah die Integration der meisten ehemals russischen Provinzen – Wilna, Kaunas, Grodno und Suwałki – vor, ein Gebiet, in dem Polen eine starke Minderheit waren. Litauens Existenz wurde zuerst durch die Invasion der Roten Armee im Januar 1919 bedroht und dann erneut im September, als die Westrussische Freiwilligenarmee (eine weiße Streitmacht, unterstützt von deutschen Freikorps, die nicht die Absicht hatten, das Baltikum zu verlassen) in das Land eindrang. In Weißrussland konnte durch die Präsenz deutscher Truppen, die während der Verhandlungen von Brest-Litowsk das Land besetzt hatten, eine nationale Regierung gebildet werden. Doch fehlte der weißrussischen Bauernschaft, im Gegensatz zur ukrainischen, ein nationales Bewusstsein, und so stürzte die Regierung, nachdem die Deutschen sich zurückgezogen hatten. Am 1. Januar 1919 rief die Rote Armee die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik aus, doch die westlichen Provinzen Mogiljow, Smolensk und Witebsk wollten nicht dazugehören. Im März 1919 wurden Litauen und Weißrussland zur Litauisch-Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (kurz LitBel SSR) zusammengeschlossen. Während des polnisch-sowjetischen Kriegs konnte Polen im April Vilnius erobern, den Großgrundbesitzern ihr Eigentum zurückgeben und Polnisch zur Amtssprache machen. Den in Kaunas ansässigen litauischen Nationalisten fehlte zwar eine Massenbasis, doch konnten sie

den Krieg nutzen, um einen unabhängigen litauischen Staat auszurufen, der allerdings ein sehr viel geringeres Territorium als vormals umfasste. In Weißrussland konnte die Rote Armee im Juli 1920 Minsk von den Polen zurückerobern, doch das Land selbst blieb bis zum Oktober dem Konflikt zwischen Polen und Sowjets ausgesetzt. Dann aber wurde die Weißrussische Sowjetrepublik gegründet.[48]

Zwar konnten die Bolschewiki den Verlust vieler Teile des ehemaligen Imperiums verkraften, nicht aber die Abspaltung der Ukraine, denn es war schwer vorstellbar, dass ein Sowjetregime ohne die ungeheuren Getreideressourcen und die Bergbau- und Metallindustrien einer Region, die viele Bolschewiki als „Südrussland" betrachteten, überleben konnte. Ukrainische Historiker vertreten heute die Ansicht, dass in dieser Epoche die bolschewistische Ukraine-Politik vom großrussischen Chauvinismus geprägt gewesen sei, doch ist darauf hinzuweisen, dass einige der eingefleischtesten Gegner ukrainischer Autonomie selbst Ukrainer waren. Nach dem Oktober bat die Rada (das ukrainische Parlament) angesichts einer Roten Armee, die beabsichtigte, im Osten des Landes, in Charkow, eine Sowjetregierung zu installieren, Deutschland um Hilfe. Die Reichswehr drängte die Roten aus dem Land hinaus, machte sich dann jedoch daran, die gemäßigt sozialistische Rada aufzulösen und der Bevölkerung ein „Hetmanat" unter Pawlo Skoropadskyi aufzuzwingen. Nach dem Rückzug der deutschen Truppen wurde Symon Petljura von einer mehrheitlich aus Bauern bestehenden Armee an die Macht gebracht, sodass er in Kiew eine Regierung bilden konnte, die jedoch wenig ausrichtete. Eingezwängt zwischen den Roten im Norden und der Freiwilligenarmee im Süden, zudem geschwächt durch persönliche und politische Rivalitäten, wurde Petljuras Regierung am 4. Februar 1919 von der Roten Armee aus Kiew vertrieben. Petljura floh nach Winniza, wo er ein rechtsgerichtetes Regime ohne Sozialdemokraten und sozialistische Revolutionäre errichtete.

Die zweite sowjetische Regierung, die von Februar bis August 1919 im Amt war, zeigte, wie feindselig viele linke Bolschewiki den nationalen Bestrebungen in der Ukraine gegenüberstanden, und eine katastrophale Russifizierungskampagne vertiefte die Risse in der ohnehin schwachen Kommunistischen Partei der Ukraine. Im Mai 1919 war die Ukraine im Aufruhr. Die Dörfer kümmerten sich aus Selbstschutz nur um sich

selbst, während bewaffnete Bauernbanden durchs Land zogen. Angeführt wurden sie von Warlords, die im Namen der Bauernrevolution um Territorialbesitz kämpften. Die sowjetische Regierung bekam das Chaos nicht unter Kontrolle und wurde von Denikin gestürzt, wodurch Petljura erneut an die Macht gelangte. Doch wuchs die Uneinigkeit in den Rängen der Nationalisten. In Ostgalizien, einer Gegend, die historisch Teil von Österreich-Ungarn gewesen war, hatten sie sich 1919 einer „vereinigten Ukraine" angeschlossen, sich dann aber für die Unterstützung der Weißen ausgesprochen statt für die der Polen, mit denen Petljura ein Abkommen geschlossen hatte. Als Folge des polnisch-russischen Kriegs erlangte im Juni 1920 eine dritte sowjetische Regierung die vollständige Kontrolle über die Ukraine. Dank Lenins Intervention im Dezember 1919 gab es in der Führung der ukrainischen Partei keine russischen Chauvinisten mehr, und mit der Integration der *Borotbisty*, einer linken Splittergruppe der ukrainischen Sozialrevolutionäre, verfügte die Partei endlich über Kader, die die ukrainische Sprache beherrschten und einiges Verständnis für die Belange der Bauern hatten.

Innerhalb von drei Jahren erlebte die Ukraine nicht weniger als neun verschiedene Regierungen, was von der Unfähigkeit der politischen Kräfte jeder Couleur zeugt, das Land in den Griff zu bekommen. Eingezwängt zwischen Rot und Weiß waren die diversen nationalistischen Regierungen gezwungen, entweder Deutschland oder die Entente oder Polen um Schutz zu ersuchen. 1920 konnten sich die Nationalisten, uneins, wie sie waren und zunehmend im Streit mit einer aufständisch gesinnten Bauernschaft, keine Illusionen mehr über ihre tatsächliche Schwäche machen. Immerhin hatte die Erfahrung staatlicher Unabhängigkeit, mochte sie auch kurz und bedingungsreich gewesen sein, vor allem bei den Bauern die Identifikation mit der ukrainischen Nation gestärkt. Die Bolschewiki hatten die Ukraine in drei großen Feldzügen militärisch, nicht politisch erobert, und ihre Angebote zur Selbstbestimmung hatten sich als leer erwiesen, bis 1920 die Kommunistische Partei der Ukraine einige sehr unangenehme Lektionen lernen musste. Doch als radikalere Nationalisten erkannten, dass sie sich in einer alles andere als idealen Welt dieser oder jener überlegenen Macht würden beugen müssen, optierten sie schließlich für die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik, weil nur sie ein echtes Maß an politischer Autonomie gewährleistete,

wie abhängig sie auch von den von Moskau diktierten Bedingungen sein mochte. Damit war ein Muster gegeben, das auch anderenorts Anwendung finden konnte.

Die Ukraine war diejenige Region des ehemaligen Zarenreichs, die den höchsten Anteil an Juden aufwies: Sie machten etwa 9 Prozent der Bevölkerung aus. Von Beruf waren sie hauptsächlich Kunsthandwerker, Händler, Gastwirte und Gutsverwalter. Die Beziehungen zwischen Juden und Bauern waren angespannt. Zwar bot die Rada den Juden eine auf dem Personalitätsprinzip beruhende nationale Autonomie an, doch die hielten nichts von der Unabhängigkeit, weil sie befürchteten, dass ein solcher „Separatismus" die Gemeinschaft der Juden des ehemaligen Imperiums aufspalten, den Handel mit Russland erschweren und den Antisemitismus wecken würde. 1903 hatte Lenin erklärt: „Die Idee einer jüdischen Nationalität widerspricht den Interessen des jüdischen Proletariats", und assimilierte Juden, von denen es in der bolschewistischen Führerschaft einige gab – wie etwa Trotzki, Sinowjew, Kamenew und Swerdlow –, teilten die ablehnende Haltung der Partei im Hinblick auf separate jüdische Arbeiterorganisationen wie den „Bund". Dennoch war sich die Partei des wachsenden Antisemitismus bewusst und stimmte im Januar 1918 der Einrichtung eines Jüdischen Kommissariats und später der Gründung jüdischer Sektionen in der Partei zu. Bislang waren die Juden, wiewohl im Durchschnitt gebildeter als die nicht-jüdische russische Bevölkerung, von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen gewesen. Nun aber übernahmen sie Posten in den Sowjets, der Partei und der Tscheka. Ihre neue Sichtbarkeit jedoch stachelte die antijüdischen Feindseligkeiten an. Der Bürgerkrieg führte zu Massenmorden an Juden in historisch beispiellosem Umfang: Zwischen 50 000 und 200 000 Opfer soll er gekostet haben. Weitere 200 000 Juden wurden verletzt und Tausende Frauen vergewaltigt. Einige Mitglieder lokaler Sowjets wurden sogar bei lebendigem Leibe gekocht („Kommunistensuppe"). Zumeist wurden diese Verbrechen von den Soldaten aus Petljuras Armee, von Weißen oder Gefolgsleuten der diversen Warlords verübt.[49] Sicher waren auch Soldaten der Roten Armee – insbesondere Budjonnis Kavalleristen – an Pogromen beteiligt, doch hatte die Rote Armee im Vergleich mit anderen Truppen eine vergleichsweise reine Weste, weshalb viele Mitglieder des Bundes und anderer jüdisch-sozialistischer Parteien sich den Bolschewiki anschlossen.

Den Kosaken, dem Rückgrat der antibolschewistischen Streitkräfte, gelang es nicht, den Übergang von einem sozialen Stand zu einer ethnisch bestimmten Gruppe zu vollziehen. Nach der Machtergreifung der Bolschewiki suchte die Freiwilligenarmee sich bei den Kosaken, vor allem denen von Don und Kuban – den zwei größten der 11 kosakischen „Heimatgebiete" –, eine soziale Basis zu schaffen. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Streitkräfte der Roten im Frühjahr 1918 in die Donregion einfielen, und der zunehmend härtere Krieg um Landbesitz zwischen neu ankommenden Bauern und Kosaken stärkte deren Engagement für das antibolschewistische Lager. Doch hatte sich die Gemeinschaft der Kosaken sozial ausdifferenziert, und ein Fünftel aller Kosaken unter Waffen kämpfte auf Seiten der Roten. Aber im Sommer 1918 waren 50 000 Kosaken Ataman Krasnow gefolgt, als er sie zu den Waffen rief und die vollständige Unabhängigkeit forderte. Die Bolschewiki waren indes nicht bereit, dieser Forderung auch nur im Geringsten nachzugeben. In ihren Augen waren die Kosaken keine im Entstehen begriffene Nation, sondern ein geschichtlich überlebter Stand, dessen wirtschaftliche Privilegien sich ihrem Waffendienst für das alte Regime verdankten.

Die Kämpfe in der Donregion wurden mit äußerster Härte geführt. Dennoch ist hervorzuheben, dass Krasnow, der die Region von Mai 1918 bis Februar 1919 kontrollierte, seine Gewalttaten oftmals gegen die eigenen Leute richtete (Schätzungen über die Zahl der dabei Getöteten reichen von 25 000 bis 45 000).[50] Tatsächlich war es die Rebellion in Krasnows eigenen Reihen, die den Roten im Januar 1919 die Rückkehr in die Donregion ermöglichte. Sollte es eine gefühlsmäßige Hinwendung zu den Roten gegeben haben, wurde sie jedoch schon sehr bald durch den furchterregenden Befehl vom 24. Januar zunichte gemacht: „Massenterror muss sich gegen wohlhabende Kosaken richten, die Mann für Mann zu eliminieren sind; gnadenloser Massenterror richtet sich ferner gegen alle Kosaken, die direkt oder indirekt am Kampf gegen die Sowjetmacht teilgenommen haben." Tausende wurden abgeschlachtet, was im März zu einem Aufstand von 15 000 Kosaken führte. Die Bolschewiki nahmen den Befehl hastig zurück, doch zu spät, denn im Juni wurde die Rote Armee aus der Donregion vertrieben.[51] Nach der militärischen Niederlage wurde den Kosaken das Recht auf politische Autonomie abgesprochen und Zehntausende nach Kasachstan, in den Ural und die Ukraine deportiert.

Der Zusammenbruch der Kaukasusfront Ende 1917 bedeutete das Ende für die ohnehin schwache Unterstützung, die die Bolschewiki in jener Region genossen. Im November trat ein transkaukasischer Sejm (Parlament) in Tiflis zusammen. An seiner Spitze stand der ehemalige Vorsitzende des Petrograder Sowjets, Nikolos Tschcheidse. Der Sejm bestand hauptsächlich aus georgischen Menschewiki und Vertretern der Müsavat, der modernen aserbaidschanischen Muslimpartei. Als der Sejm am 10. Februar 1918 die Unabhängigkeit erklärte, fand das bei den Sozialrevolutionären und der „Armenischen Revolutionären Föderation" (*Daschnakzutjun*) keine große Unterstützung. Vielmehr waren sie bestürzt über den raschen Vormarsch der osmanischen Streitkräfte im Kaukasus und sahen den besten Schutz in der Fortsetzung des Bündnisses mit Russland. In Baku, dem einzigen Außenposten der Sowjetmacht, verbündeten sich im März 1918 Bolschewiki und Daschnaks, um den Sowjet gegen die Müsavat-Partei zu verteidigen, wobei einige tausend Muslime umgebracht wurden. Als die Türken schließlich im September Baku eroberten, nahmen die Aserbaidschaner Rache und massakrierten 10 000 Armenier. Die britischen Streitkräfte verließen Hals über Kopf die Stadt. Die Georgier baten Deutschland um Schutz, wobei sie substantielle wirtschaftliche und politische Konzessionen in Aussicht stellten. Bei der letzten Sitzung des Sejm am 26. Mai 1918 erklärte Irakli Zereteli, die transkaukasische Einheit sei eine Fiktion; und die drei Völkerschaften im Kaukasus bildeten unabhängige Republiken.

Aserbaidschan erwies sich jedoch von Anbeginn als politisch instabil: Nationalistische Politiker fanden bei der Bauernschaft wenig Unterstützung, weil deren Identität nicht lokal, sondern von der universellen Gemeinschaft des Islams bestimmt war. In Baku wiederum nahm der nationale Diskurs nur den zweiten Rang hinter dem Klassendiskurs ein. Der fehlende Zugang zu russischen und ausländischen Märkten ließ die Gewinne aus der Ölindustrie ins Bodenlose stürzen, was hohe Arbeitslosigkeit und galoppierende Inflation zur Folge hatte. Nach der Niederlage der Türkei im Ersten Weltkrieg suchte die Regierung von Aserbaidschan Schutz bei den Briten, doch als diese sich im August 1919 aus Transkaukasien zurückzogen, stand die Republik auf unsicheren Füßen. Armenien wiederum begann seine Existenz unter katastrophalen Umständen. Das armenische Territorium war, ohne Zugang zu einem Meer, auf ein kleines

Gebiet um Eriwan beschränkt, auf das alle Nachbarstaaten Anspruch erhoben, während Armenien selbst von Flüchtlingen geradezu überschwemmt wurde und die eigene Bevölkerung an Hunger und Krankheiten litt. So ließ die Daschnakzutjun alle sozialistischen Ansprüche fallen und bildete eine Regierung des nationalen Notstands.

Von den drei kaukasischen Staaten erwies Georgien sich als der lebensfähigste. Bei den Parlamentswahlen vom Februar 1918 gewannen die Menschewiki 80 Prozent der Stimmen. Trotz gravierender Wirtschaftsprobleme sorgte die Regierung für die Bildung von Gewerkschaften, Kooperativen und Schiedsgerichtshöfen und führte eine einigermaßen erfolgreiche Landreform durch. Negativ zu Buche schlägt die Brutalität, mit der die Nationalgarde gegen ethnische Minderheiten vorging. Aber auch Georgien verließ sich auf den Schutz der Briten, die die Kontrolle über die Ölpipelines behalten wollten. Ihr Rückzug eröffnete Möglichkeiten für eine Übernahme Georgiens durch Sowjetrussland.

Die Bolschewiki waren nämlich entschlossen, Transkaukasien zurückzugewinnen, nicht zuletzt, um Zugang zu den Ölvorkommen und anderen Bodenschätzen zu erhalten und gegen die britische Intervention vorzugehen. Ende 1919 wurde die Aserbaidschanische Kommunistische Partei gegründet, und das von S. M. Kirow geleitete „Kaukasische Regionalkomitee" schleuste Millionen Rubel in die Region. Im April 1920 marschierte eine weitestgehend russische Armee in Aserbaidschan ein. In Armenien holte sich die Türkei Territorien zurück, die Armenien im Vertrag von Sèvres, der den Krieg zwischen Osmanischem Reich und Alliierten beendete, zugesprochen worden waren. Nachdem die Führer der Daschnakzutjun die Alliierten vergebens um Hilfe gebeten hatten, wandten sie sich an die Bolschewiki, doch wurden sie wenige Tage nach Eintreffen der Roten Armee aus der Regierung geworfen. Im Mai 1920 erkannten die Bolschewiki die Unabhängigkeit Georgiens an, doch der von Stalin unterstützte Sergo Ordschonikidse wirkte auf einen Sturz der menschewistischen Regierung hin. Trotz aller Weisungen aus Moskau, die Selbstbestimmung Georgiens nicht in die eigenen Hände zu nehmen, marschierte die Rote Armee im Januar 1921 in das Land ein. In ganz Transkaukasien sorgten Bürgerkrieg, wirtschaftlicher Zusammenbruch und inter-ethnische Konflikte dafür, Ansätze zu einem gemäßigten Sozialismus zu untergraben und Versuche zu einer multinationalen Kooperation zunichte zu machen. Alle drei Staaten entstanden zu einer Zeit, als ihre Souveränität durch interne mörderische Konflikte um Territorialprobleme erschüttert wurde, und alle hofften auf Protektion durch stärkere Mächte, seien es die Türken, die Deutschen, die Briten oder die Sowjetrussen. Da sie äußerem Druck nicht widerstehen konnten, sahen viele Nationalisten in Aserbaidschan und Armenien 1920 in der Bildung eigener Sowjetrepubliken noch die beste von allen schlechten Optionen auf nationale Selbstbestimmung.

Am 24. November 1917 forderten die Bolschewiki die Muslime auf, ihr nationales Leben „frei und ungehindert" zu organisieren. Ein Jahr später richteten sie das „Zentralbüro muslimischer kommunistischer Organisationen" ein, um den muslimischen Völkern des ehemaligen Zarenreichs die Revolution zu bringen. Im Verlauf des Jahres 1917 war den Reformprogrammen dschadidistischer Intellektueller von den konservativen Mullahs immer mehr Opposition erwachsen, und viele versprachen sich nach der Oktoberrevolution die nationale Errettung durch Mobilisierung der Volksmassen. Als die Bolschewiki die zwischen Russland und den Alliierten geschlossenen Geheimverträge publik machten, wurde das zum Anlass genommen, die am liberalen Verfassungsstaat ausgerichtete Politik zugunsten des Antiimperialismus aufzugeben.[52] Dabei hing die Stärke des nationalen Gefühls von der angestrebten Form politischer Autonomie ab. Den meisten Dschadidisten schwebte eine einzige turkisch-muslimische Nation vor, die auf einem umfassenden Territorium in Turkestan und Buchara beruhte. Dieser Panturkismus war typisch für die Intellektuellen, Kaufleute und Mullahs der Wolgatataren, also für die wohlhabendste, gebildetste und am stärksten urbanisierte der muslimischen Gemeinschaften im Reich. Ein panturkischer Staat unter tatarischer Vorherrschaft war jedoch nicht das, was den Baschkiren im Ural gefiel. Und in Zentralasien war der Panturkismus den persischsprachigen Völkern ebensowenig genehm wie den Nomaden – Turkmenen, Kasachen, Kirgisen oder Karakalpaken. Doch gehörten tatarische Dschadidisten wie Mirsäyet Xäydär uli Soltanğäliev (Mir Said Sultan Galijew) und Mullanur Wachitow (der im August 1918 von den Tschechen erschossen wurde) zu den intellektuell fortgeschrittensten Muslimen. Trotz eines nahezu inexistenten Proletariats und einer halbnomadischen Bevölkerung bildeten sie eine Rote Armee, um einen tatarisch-baschkirischen Staat

zu errichten, der sich von der mittleren Wolga bis zum Ural erstrecken sollte. Im Juli 1918 wurden diese Truppen in die Rote Armee eingegliedert. Die muslimischen Einheiten, deren Soldaten die tatarische Schrift beigebracht wurde, galten als Beweis für die bolschewistische Förderung der Selbstbestimmung.

Überall in den muslimischen Gebieten gehörten russische Siedler zu den Ersten, die die Sowjetmacht etablierten, wobei sie gegenüber der einheimischen Bevölkerung die Haltung klassischer Kolonialisten einnahmen. So machte etwa im Februar 1918 der Sowjet von Kasan alle Bemühungen gemäßigter Nationalisten um die Bildung eines tatarisch-baschkirischen Staats zunichte. In Turkestan aber wütete der Rassismus. In Kokand im Ferghana-Tal bildeten der Dschadidist Schura-i-Islam und der konservative Geistliche Uläma Jamiyäti eine autonome Regierung, die aber vom turkestanischen Rat der Volkskommissare, in dem Russen das Sagen hatten, nicht anerkannt wurde. Am 5. Februar 1918 schickte der Rat Rote Truppen nach Kokand, wo die aus gemäßigten Kräften bestehende Regierung Widerstand gegen die „Sowjetmacht" ausübte. Die Truppen setzten die Stadt in Brand und schlachteten nahezu 60 Prozent der Bevölkerung ab. An anderen Orten im Ferghana-Tal terrorisierten bewaffnete russische Siedler die einheimische Bevölkerung. Ende April schickte Moskau, aufgeschreckt durch Berichte über die Vorgänge, P. A. Kobosew in die Region, um die Autonome Sozialistische Republik Turkestan zu gründen, deren Regierung, bei russischer Vorherrschaft, zehn liberale oder radikale Muslime angehörten. Aber die von der Regierung betriebene Politik – Land, das religiösen Stiftungen (*waqf*) gehörte, wurde enteignet, Religionsschulen und Scharia-Gerichte wurden geschlossen – war nicht dazu angetan, die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen.[53]

Bei den Uralbaschkiren war 1917 eine kleine nationalistische Bewegung entstanden, die von dem jungen Gelehrten Ahmed Seki Walidow, einem gemäßigten Sozialisten, geführt wurde. Das führte zu Bestrebungen der Baschkiren, sich ethnisch von ihren tatarischen Nachbarn abzugrenzen, indem ihre nomadische Vergangenheit und ihr ehemaliger Status als Beherberger der Kosaken hervorgehoben wurde. So waren diese Nationalisten denn auch im März 1918 gegen Moskaus Vorhaben, eine tatarisch-baschkirische Sowjetrepublik zu gründen. Die Sowjets

wollten damit dem Versuch antibolschewistischer Kräfte, einen Wolga-Ural-Staat ins Leben zu rufen, zuvorkommen. Angesichts des bolschewistischen Plans verbündeten sich die baschkirischen Nationalisten zunächst mit den Orenburg-Kosaken und später mit der „demokratischen Konterrevolution". Nachdem aber Koltschak die territoriale Autonomie der Baschkiren beseitigt hatte, schlossen Walidow und seine Gefolgsleute ein Abkommen mit den Bolschewiki, die ihnen im März 1919 die Gründung der „Baschkirischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik" (ASSR) gewährten. Zum ersten Mal räumten die Bolschewiki damit Autonomie auf der Grundlage eines klar definierten Territoriums ein. Im Juni 1920 jedoch war Walidow es leid, dass sich fortwährend russische Siedler und Soldaten der Roten Armee in die baschkirische Selbstverwaltung einmischten. Er schloss sich der Guerillabewegung (*basmatschi*) an.[54]

In den kasachischen Steppen verkündeten die Dschadidisten, die eine nationalistische, politisch den Kadetten nahestehende Organisation namens „Alasch Orda" anführten, im Dezember 1917 in Orenburg, das ebenfalls das Zentrum des baschkirischen Nationalismus war, die kasachische Autonomie. Als die Rote Armee entlang der Eisenbahnlinie Orenburg–Taschkent vorrückte, spaltete sich die Alasch Orda in eine westlich orientierte Gruppe, die sich in Orenburg mit antibolschewistischen Baschkiren verbündete, und eine östlich orientierte Gruppe, die sich dann in Omsk den Streitkräften von Koltschak anschloss. Im Frühjahr 1919 jedoch kam die Alasch Orda angesichts Koltschaks Feindseligkeit gegenüber nationalistischen Bestrebungen zu einem Kompromiss mit den Bolschewiki. Im März 1920 löste das kirgisische (d. h. kasachische) revolutionäre Komitee die Regierung der Alasch Orda auf, und im August wurde eine Kasachische (verwirrenderweise „kirgisisch" genannte) ASSR gegründet, in der die Führer der Alasch Orda einigen Einfluss besaßen. Damit erhielten die Kasachen zum ersten Mal ihre eigene politische Gemeinschaft, und die Klan- und Dorfstrukturen wurden in der Verkleidung von Sowjets neu gebildet. 1925 wurde die Kirgisische in Kasachische ASSR umbenannt.

Aus alledem wird deutlich, dass die Rote Armee, je mehr sie im Bürgerkrieg die Oberhand gewann, sich desto großzügiger gegenüber nationalistischen Bewegungen zeigen konnte. Da die Politik der Weißen in dieser Hinsicht genügend Anlass zu Enttäuschung bot, wandten sich viele muslimische Nationalisten den Roten zu. Auf der Krim schloss

sich der linke Flügel von Milli Firka, der nationalistischen Gruppierung der Muslime, der Kommunistischen Partei an, und nachdem Wrangel ins Exil gegangen war und die Tscheka die politischen Gegner aus dem Weg geräumt hatte, konnte im Oktober 1921 die Krimtatarische ASSR proklamiert werden. Bereits im Mai 1920 war von den Tataren der mittleren Wolga eine ASSR gegründet worden, obwohl drei Viertel aller Tataren in der Region außerhalb ihrer Grenzen lebten. Als geschickteste Vertreter eines „National-Kommunismus" zeigten sich die Gefolgsleute von Soltanğäliev, die den Kern der Kommunistischen Partei Tatarstans bildeten. Sie verbanden die dschadidistische Gegnerschaft zur konservativen Geistlichkeit mit einem Streben nach Modernität und leninschem Anti-Imperialismus. Soltanğäliev vertrat die Auffassung, dass die muslimische Gesellschaft, die noch nicht in Klassen gespalten war, eine dem Proletariat vergleichbare Position einnahm. So vermied er es, auf die Konzeptionen einer unterdrückten Klasse oder einer unterdrückten Nation zurückgreifen zu müssen (sein Begriff von Nation bezog sich auf die bekannte islamische Idee der *umma*, der Gemeinschaft der Gläubigen). Zu seiner Rede auf dem Zweiten Kongress der Völker des Ostens im Dezember 1919 bemerkte die Zeitung des Volkskommissariats für Nationalitätenfragen abschätzig: „Es wurde der Eindruck erweckt, dass Genossen die Vorstellung verbreiteten, der Osten stehe als Neuland den Ideen des Kommunismus aufgeschlossener gegenüber als der dekadente Westen."[55] Obwohl sie ein Hauch von Ketzertum umgab, konnten die „National-Kommunisten" für einige Zeit erfolgreich gegen eine Gesetzgebung vorgehen, die Ländereien religiöser Stiftungen enteignen, religiöse Schulen schließen und Scharia-Gerichte abschaffen wollte. 1923 jedoch fühlte sich Stalin stark genug, diese Kräfte zur Ordnung zu rufen, und Soltanğäliev wurde ins Gefängnis geworfen. Später würde Trotzki bereuen, dass er unrühmlicherweise geholfen hatte, gegen die National-Kommunisten vorzugehen.[56]

In Turkestan blieb die Situation am Ende des Bürgerkriegs angespannt. 1919 hatten sich im Ferghana-Tal als Reaktion auf Übergriffe russischer Siedler mehr als 20 000 Einheimische der wachsenden Guerillabewegung, den *basmatschi*, angeschlossen. Die Politik der von den Bolschewiki unterstützten Regierung der Autonomen Republik Turkestan war

höchst unbeliebt, was sich änderte, als im Juli 1920 Turar Ryskulow, Abkömmling einer kasachischen Aristokratenfamilie, an die Spitze der Regierung gestellt wurde. Doch wurde die Souveränität der Republik in Frage gestellt, als Moskau die Aufgabe, den Aufstand der *basmatschi* niederzuschlagen, in die Hände einer Turkestan-Kommission legte, die direkt dem Rat der Volkskommissare in Moskau verantwortlich war. Keineswegs leichter wurde die Situation durch die fortgesetzte Existenz der Emirate von Chiwa, Buchara und Kokand. Im September 1920 vertrieben Streitkräfte der Roten Armee unter Frunse den Emir von Buchara, was die Guerillabewegung weiter anheizte. Sie nahm nun sehr bald, zum Teil unter dem Einfluss von Sufis, eine islamische Färbung an. Unterdessen fanden die Gründung der Choresmischen Volksrepublik (Chiwa) und die der Volksrepublik Buchara statt. Beide erhielten, aufgrund ihrer vorindustriellen Wirtschaft, nicht die Bezeichnung „sozialistisch". 1921 schien die Rote Armee die Oberhand über die Guerillabewegung zu bekommen, aber im November 1921 wurde sie neu belebt, als der ehemalige osmanische Kriegsminister Enver Pascha, verantwortlich für den armenischen Genozid, nach einer kurzen Liaison mit den Bolschewiki zu ihr stieß. Ende 1923 hatten die Bolschewiki die Guerillas im Ferghana-Tal dann weitgehend im Griff, doch sollte es noch zwei weitere Jahre dauern, bis die Bastionen der *basmatschi* in Buchara geschleift werden konnten. Was die Lage weiter komplizierte, war der Kampf zwischen denen, die, wie Ryskulow, eine panturkische Lösung der nationalen Frage befürworteten, und denen, die das Territorium von Turkestan in nach ethnischen Kriterien ausgerichtete Territorialstaaten aufteilen wollten. Letztere trugen den Sieg davon, und so wurde die Turkestanische ASSR 1924 in die Autonomen Sozialistischen Sowjetrepubliken Usbekistan und Turkmenistan und die Autonomen Republiken Tadschikistan und Kasachstan aufgeteilt.

Im Oktober 1917 sah es so aus, als solle das russische Imperium das Schicksal von Österreich-Ungarn und des Osmanischen Reichs erleiden, doch 1922 hatten die Bolschewiki die meisten Gebiete des ehemaligen Zarenreichs zurückerobert; zuvor waren dem Sowjetstaat 818 000 Quadratkilometer (3,7 Prozent) des Vorkriegsterritoriums mit 31 bis 32 Millionen Einwohnern verlorengegangen. Doch war die Logik der sowjetischen Expansion nicht durch die Dynamik einer internationalen

Revolution, sondern durch die Unwägbarkeiten des Krieges und die geopolitischen wie sicherheitsorientierten Erwägungen diktiert worden, die das Wachstum des Zarenreichs bestimmt hatten. Nach der insgesamt eher friedlichen Einnahme Aserbaidschans durch die Rote Armee am 28. April 1920 schrieb Lenin: „Das Proletariat von Baku hat die Macht in seine Hände genommen und die aserbaidschanische Regierung gestürzt." Doch war es überall die Armee, die die Revolution vorantrug, nicht das Proletariat, was Lenin auch stillschweigend anerkannte, als er die Intervention in Persien oder 1921 Pläne zur Einnahme von Konstantinopel unterstützte.

Allerdings waren die Bolschewiki keine Imperialisten alten Stils. Trotz der rassistischen Übergriffe russischer Siedler in den Grenzgebieten, in deren urbanen Zentren diese Siedler die Hauptstütze für die Sowjets bildeten, war zu dieser Zeit die sowjetische Politik vom Internationalismus durchdrungen. Die Energie, mit der die Regierung Bündnisse mit nationalen Bewegungen schloss, lässt sich nicht erklären, wenn man davon ausgeht, dass sie nur das Ziel verfolgte, wieder ein russisches Imperium zu errichten. Allerdings besetzte die Politik der Selbstbestimmung für nicht-russische Minderheiten nur den zweiten Platz hinter so pragmatischen Erfordernissen wie der Unterdrückung antibolschewistischer Bewegungen, der operativen Wirksamkeit der Roten Armee oder der Sicherung von Nahrungsmitteln. Zudem beruhte die Politik der nationalen Selbstbestimmung häufig auf Improvisation und scharfen Kursänderungen, was zum Teil auf die nicht ungeteilte Zustimmung zu dieser Politik in der Partei selbst zurückzuführen ist, zum Teil auf die Fähigkeit lokaler Akteure, noch die am besten ausgearbeiteten Pläne des Zentrums zu vereiteln. Dennoch gelang es Moskau, das ehemalige Reich als Föderation sowjetischer Republiken, die an ethno-nationalen Gegebenheiten ausgerichtet waren und über ihr je eigenes Territorium verfügten, neu zu strukturieren, wobei die Baschkirische ASSR im Februar 1919 den Anfang machte. Für die Führung der Bolschewiki musste dieses System als Optimum erscheinen, um die zentrifugalen Impulse des Nationalismus mit dem zentripetalen Impuls der Diktatur des Proletariats zu versöhnen.

Insgesamt hatte der Bürgerkrieg die nationalistischen Bestrebungen intensiviert, zugleich aber die Risse innerhalb der Reihen der Nationalisten vertieft. In den nicht-russischen Gebieten gab es beträchtliche Diffe-

renzen bezüglich der sozioökonomischen Entwicklung und somit auch im Hinblick auf das Ausmaß, in dem sie für eine Politik von Nation und Klasse offen waren. Den nationalistischen Bewegungen fehlte es im Allgemeinen an substantieller Unterstützung durch die Bevölkerung (auch wenn es Ausnahmen gab, wie etwa Georgien), und sie waren gezwungen, sich mit klassenorientierten politischen Bewegungen zu messen. Selbst in der Ukraine, wo die Bevölkerungsmehrheit 1920 sich als ukrainisch betrachtete, erwiesen sich die Klassenspaltungen gegenüber einer Politik nationaler Identität als einflussreicher. Da ihnen ihre Schwäche bewusst war, suchten die nationalen Bewegungen zu unterschiedlichen Zeiten Unterstützung bei den Roten oder den Weißen, bei den Alliierten oder den Deutschen, bei der Türkei oder Polen. Diese Abhängigkeit von stärkeren Mächten vertiefte die Spannungen in den Reihen der Nationalisten noch weiter. Trotz enormer Beispiele für russischen Chauvinismus, den die Bolschewiki lokal zu praktizieren imstande waren und trotz der Tatsache, dass die „Selbstbestimmung der Klasse" immer den Vorrang genoss vor der „nationalen Selbstbestimmung", muss fairerweise gesagt werden, dass die Bolschewiki am Ende des Bürgerkriegs den Nationalisten sehr viel mehr zu bieten hatten als ihre Gegner, auch wenn es weniger war, als viele Nationalisten erreichen wollten. (Allerdings ist daran zu erinnern, dass 1917 nur wenige Nationalisten die vollständige Unabhängigkeit anstrebten.)

Gewalt und Terror

Am 7. Dezember 1917 setzte der Rat der Volkskommissare eine Sonderkommission ein, um „alle Versuche und Aktionen von Konterrevolution und Sabotage zu liquidieren".[57] Diese Kommission war unter dem Namen „Tscheka" bekannt und wurde schnell zu einem der wichtigsten Organe der Regierung – viel mächtiger als die unterfinanzierte und schlecht organisierte Polizei, „Zivilmiliz" genannt. Zwar lag die Hauptaufgabe der Tscheka in der Bekämpfung der Konterrevolution, doch beschäftigte sie sich darüber hinaus mit allem Möglichen: Beispielsweise bekämpfte sie die Spekulation und kümmerte sich um Waisenkinder. 1921 beschäftigte die Tscheka 60 000 Mitarbeiter. Allerdings war die Bedrohung durch eine

konterrevolutionäre Verschwörung nicht aus der Luft gegriffen. Das im Frühjahr 1918 gegründete „Rechte Zentrum" vereinte Monarchisten und rechtsgerichtete Kadetten, die auf die Wiedereinführung der Monarchie hinarbeiteten. Allerdings war es für viele zu deutschfreundlich, weshalb sich eine Mehrheit abspaltete und das „Nationale Zentrum" ins Leben rief, das Russland mit Hilfe einer Militärdiktatur retten wollte. Linke Kadetten wiederum missbilligten die reaktionäre Ausrichtung ihrer Partei. Sie wandten sich den Sozialrevolutionären zu und gründeten das „Bündnis für die Erneuerung Russlands". Im März 1918 gründete der ehemalige sozialrevolutionäre Terrorist Boris Sawinkow das „Bündnis für die Verteidigung von Mutterland und Freiheit". Ihm gehörten vor allem Gardeoffiziere an, die Aufstände in Jaroslawl, Rybinsk und Murom lancierten. Ab 1920 empfing die in Warschau angesiedelte Nachfolgeorganisation Gelder von den Regierungen Polens und Frankreichs. Viele dieser konterrevolutionären Gruppen waren kurzlebig und ihre Verschwörungen eher lachhaft. Es mangelte ihnen an Geld und fähigen Führern. Dennoch war allein ihre Existenz eine Quelle akuter Angst für ein Regime, das keineswegs sicher im Sattel saß.

Die Aufgabe der Tscheka, den Kampf gegen die Konterrevolution zu führen, stellte sie außerhalb des im Entstehen begriffenen Rechts, obwohl sie in einem gewissen Rahmen die Verantwortung für ihre Tätigkeiten übernehmen musste. Ihren eigenen Statistiken zufolge verhaftete die Tscheka 1918/19 in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) 128 010 Personen. Davon wurden 42,4 Prozent wieder freigelassen, 28,5 Prozent kamen ins Gefängnis, 10,9 Prozent in Internierungslager, 7,5 Prozent wurden erschossen, 7,5 Prozent als Geiseln genommen und 3,2 Prozent ins Arbeitslager geschickt. Von den 9 641 Erschossenen – die wirkliche Zahl dürfte sehr viel höher gewesen sein – hatten sich 7 068 der Konterrevolution schuldig gemacht, 632 des Amtsmissbrauchs, 217 der Spekulation und 1 204 der kriminellen Tätigkeit.[58] Während des Bürgerkriegs meldeten führende Bolschewiki regelmäßig Bedenken an, die Tscheka sei außer Kontrolle geraten. Exekutivkomitees von Provinz- und Stadtsowjets beklagten sich lauthals über eine anmaßende Organisation, die ihnen mit Verachtung begegnete (aus Pskow hieß es: „Sie schaden der Revolution. Es sind Einrichtungen, die, nach außen abgeschirmt, alle menschlichen Normen übertreten und

sogar einen despotisch-monarchistischen Charakter besitzen").[59] 1919 wurde der Tscheka die Macht genommen, Todesurteile in Gebieten außerhalb der Militärgerichtsbarkeit zu vollstrecken, doch dieses Verbot währte nur vier Monate. Jeder Versuch, die Tätigkeit der Tscheka einzudämmen, schlug fehl, nicht zuletzt deshalb, weil Lenin nicht akzeptieren wollte, dass institutionelle Kontrollmechanismen notwendig waren, um Gesetzlosigkeit und Korruption im entstehenden Staat zu unterbinden.

Weil die Bolschewiki von der Heuchelei bürgerlicher Regierungen, die von Moral redeten, aber Millionen in den Tod schickten, angeekelt, von der Französischen Revolution aber begeistert waren, hielten sie Terror für ein legitimes, aber, wie sie anfänglich hofften, ultimatives Mittel zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats. Doch bereits im Januar 1918 warnte Lenin düster: „Wenn wir gegen Spekulanten nicht mit Terror vorgehen – sie auf der Stelle erschießen –, wird nichts geschehen." Woraufhin der Linke Sozialrevolutionär I. N. Steinberg fragte, wozu er dann als Volkskommissar für das Justizwesen benötigt werde. Je weiter sich der Bürgerkrieg entwickelte, desto geringer wurde auf allen Seiten die Neigung zu hemmungsloser Gewalt. Während des ersten Kubanfeldzugs schärfte Kornilow den Soldaten der Freiwilligenarmee ein: „Nehmt keine Gefangenen. Je größer der Terror, desto größer wird unser Sieg sein." Aber erst mit dem fast tödlichen Angriff auf Lenin am 30. August 1918 erhoben die Bolschewiki den Terror zur offiziellen Politik. In Petrograd tönte die führende bolschewistische Zeitung: „Für das Blut von Lenin … werden wir Ströme von Blut der Bourgeoisie vergießen – noch mehr Blut, so viel wie möglich." Auf Befehl von Sinowjew wurden 500 Geiseln sofort erschossen – in alphabetischer Reihenfolge. Ein Forscher schätzt, dass zwischen Oktober 1917 und Februar 1922 280 000 Personen von der Tscheka oder den Truppen für innere Sicherheit getötet wurden, wobei etwa die Hälfte Operationen zur Unterdrückung von Bauernaufständen zum Opfer fiel.[60] Das hieße, dass vielleicht 140 000 direkt von der Tscheka hingerichtet wurden – sicher eine Zahl, die das Blut gefrieren lässt, doch sollte man sie in Bezug setzen zu den 50 000 bis 200 000 Juden, die zu dieser Zeit bei Pogromen in der Ukraine und Weißrussland getötet wurden und den weiteren 200 000, die nach Polen fliehen mussten.

Selbst wenn man die allen Bürgerkriegen innewohnende Grausamkeit in Rechnung stellt, hat die brutale Vorgehensweise der Tscheka den

Anspruch der Bolschewiki, höheren ethischen Prinzipien zu huldigen als ihre Gegner, zutiefst beschädigt. Wer der Konterrevolution beschuldigt wurde, sollte einen Prozess bekommen, doch einige lokale Organe waren skrupellos genug, Opponenten auf der Stelle zu erschießen. Die Annahme, im Kampf auf Leben und Tod mit den Weißen seien alle Mittel gerechtfertigt, wurde schnell zur Norm.[61] G. A. Atarbekow, ein armenischer Altbolschewik, der in Moskau eine juristische Ausbildung genossen hatte, bietet ein Beispiel dafür, wie die Angst vor konterrevolutionären Tätigkeiten den moralischen Verfall beschleunigte. Anfang 1919, als die Elfte Rote Armee und die kaspisch-kaukasische Front zerfielen, wurde er von Sergej Kirow zum Leiter der Tscheka in Astrachan ernannt, einem Fischereihafen von lebenswichtiger strategischer Bedeutung, um einen Schulterschluss zwischen den Streitkräften von Koltschak und Denikin zu verhindern. Die Versorgungslage war katastrophal und wurde durch das Eintreffen demoralisierter Soldaten der Roten Armee noch verschlimmert. Am 6. März reduzierte das für die Verwaltung der Stadt eingesetzte militärisch-revolutionäre Komitee die Brotration auf 400 Gramm. Das provozierte einen Streik, woraufhin Atarbekow am 10. März für den Hafen den Belagerungszustand ausrief. Allen Streikenden, die die Wiederaufnahme der Arbeit verweigerten, wurden die Bezugsscheine entzogen. Gemäß der offiziellen Version der Ereignisse feuerte ein Streikender auf einen Kordon von Matrosen, woraufhin diese das Feuer auf Demonstranten eröffneten und dabei 200 Personen töteten. Das löste einen bewaffneten Aufstand von Arbeitern aus, die von einem Kosakenoffizier angeführt wurden. Angesichts dieser „weißen" Bedrohung bombardierten Soldaten der Roten Armee drei Arbeiterviertel mit Artillerie, wobei es möglicherweise 1 000 Todesopfer gab; 184 Streikführer wurden danach erschossen.[62]

In den darauffolgenden Monaten scheint Atarbekow mit seiner Angst vor einer „Verschwörung der Weißen Garde" einen regelrechten Verfolgungswahn entwickelt zu haben: Er ließ bis zu 4 000 Personen erschießen oder ertränken, darunter Fischer, die beschuldigt wurden, die Vernichtung der Wolga-Kaspischen Flotte bei Alexandrow geplant zu haben. K. Ja. Grasis, ein politischer Kommissar der Tscheka, berichtete von der „Unzufriedenheit der lokalen Bevölkerung, insbesondere Kalmücken und Kirgisen, mit der gegenwärtigen Macht. Diese Unzufriedenheit ist

Ergebnis der unerhörten Gewalt und Verachtung seitens der Kommissare". Am 4. September wurde Atarbekow nach Moskau einbestellt, doch nach einer langen Untersuchung sorgten seine Unterstützer – Kirow, Kamo (Simon Ter-Petrosjan) und Stalin – dafür, dass er nicht nur nicht bestraft, sondern sogar befördert wurde.[63]

Weil der Weiße Terror nicht zur offiziellen Politik gehörte, hat er weniger Aufmerksamkeit bekommen als sein rotes Pendant, doch wurde Gewalt, ungezügelt und durch kein Gesetz gedeckt, von allen Seiten praktiziert, auch von den Regierungen, in denen im Sommer 1918 die Sozialrevolutionäre vorherrschten. Zumindest theoretisch war der Rote Terror „bürokratisch" organisiert und wurde nach einem formellen Prozess von professionellen Kräften ausgeübt, wohingegen der Weiße Terror oftmals Folge der Entscheidung von Offizieren war, ihren Männern freien Lauf zu lassen. Zu den schrecklichsten Terrorkämpfern gehörten die *atamany* in Fernost: Der „blutige Baron" Ungern von Sternberg, der sein Schreckensregiment in den Regionen von Amur und Ussuri errichtete, sowie Grigori Semjonow, der sich damit brüstete, persönlich die Folterung von 6 500 Menschen überwacht zu haben. Die Logik des Terrors führte zu seiner Eskalation, war Symptom und Ursache der alle Seiten erfassenden Brutalisierung.

Am 29. April 1920 gab General Wrangel den Befehl zur „rücksichtslosen Erschießung aller gefangengenommenen Kommissare und Kommunisten", worauf Trotzki mit dem Befehl zur „Auslöschung aller Angehörigen von Wrangels Kommandostab, die Waffen tragen, wenn sie gefangengenommen werden", reagierte. Als Wrangels Streitkräfte im Herbst aus der Krim vertrieben wurden, versprach der Militärisch-Revolutionäre Rat der Vierten Armee anfänglich all jenen die Amnestie, die in der Weißen Armee gedient hatten und sich nun von den Behörden registrieren ließen. Mit dieser relativ humanen Politik war es vorbei, als Rosalija Semljatschka, Bela Kun und andere Mitte November aus Moskau eintrafen mit der erklärten Absicht, die Halbinsel von allen „klassenfremden Elementen" zu säubern. Soltanǧäliev, der einer von Moskau zur Untersuchung des Blutbads auf der Krim entsandten Kommission angehörte, berichtete, dass zwischen 20 000 und 25 000 Offiziere der Weißen erschossen worden seien. Er fügte jedoch hinzu, dass Anwohner, die schon bald für ihre neuen Herrscher nur noch Hass empfanden, die

wirkliche Zahl der Getöteten eher auf 70 000 schätzten, wobei drei Viertel davon zur Arbeiterklasse gehört haben könnten.[64] Wrangels Offiziere waren bei Vergeltungsmaßnahmen gegen Rote niemals zimperlich gewesen – so war z. B. General Ja. A. Slaschtschow als berüchtigter Schlächter bekannt –, doch das Ausmaß des Massenmords auf der Krim war beispiellos und hatte zudem nach Beendigung der Kämpfe stattgefunden.

Oberst M. A. Murawjow, ehemals Offizier an der Südwestfront und im Sommer 1917 Organisator von Schocktruppen, schloss sich nach der Rebellion Kornilows den Linken Sozialrevolutionären an. Im Oktober leitete er die Verteidigung von Petrograd gegen die Streitkräfte von Kerenski und Krasnow. Vielleicht war er nicht typisch für die Offiziere der Roten Armee – im Juli 1918 war er in die Rebellion der Linken Sozialrevolutionäre verwickelt (siehe den Abschnitt „Die Unterdrückung der sozialistischen Opposition") –, doch verbreitete er Terror, als er im Januar 1918 für die Roten Streitkräfte Kiew einnahm. Schätzungen des Roten Kreuzes zufolge wurden dabei 5 000 Personen getötet, davon 3 000 Offiziere. An die 15 000 Granaten zerstörten wichtige Gebäude, und die „Bourgeoisie" der ukrainischen Hauptstadt wurde zur Zahlung eines „Beitrags" von fünf Millionen Rubel gezwungen. Murawjow, der den ukrainischen Nationalismus verachtete, überwachte die Liquidierung nicht nur von „Konterrevolutionären", sondern auch von „österreichischen Spionen" und „Verrätern à la Mazeppa" (Iwan Mazeppa, Ataman der Ukraine, hatte sich 1708 im Bündnis mit Karl XII. von Schweden gegen Peter den Großen erhoben). Nach seiner Inhaftierung im April 1918 schrieb er:

> „Wir errichten die Sowjetmacht mit Feuer und Schwert. Ich eroberte die Stadt [Kiew] und verheerte die Paläste und Kirchen … und zeigte keine Gnade. Am 28. Januar ersuchte die Duma um einen Waffenstillstand. Ich reagierte darauf, indem ich befahl, die Versammlung mit Gas zu ersticken. Hunderte, wenn nicht Tausende von Generälen wurden gnadenlos getötet … So übten wir Rache. Wir hätten damit aufhören können, aber wir taten es nicht, denn unser Schlachtruf lautete: ‚Seid gnadenlos!'"[65]

In Murawjows hyperbolischer Ausdrucksweise hallt, dem Autor nicht bewusst, das Echo der Worte des ehemaligen zaristischen Stabschefs

Januschkewitsch nach, der, vom Landwirtschaftsminister über die Verwüstungen befragt, die er 1915 in Galizien angerichtet hatte, antwortete: „Der Krieg wird mit Feuer und Schwert geführt, und wer ihm in den Weg gerät, muss leiden."

Eine große Anzahl von Kombattanten der Bürgerkriegsarmeen waren Rekruten in den zaristischen Streitkräften gewesen. Es liegt daher nahe, den Ersten Weltkrieg für die „Brutalisierung" verantwortlich zu machen, die ihrerseits zur beispiellosen Eskalation politischer Gewalt führte, sobald das Gewaltmonopol der zaristischen Armee hinfällig geworden war. Doch muss man hier mit Zusammenhängen sehr vorsichtig sein, da die meisten Soldaten nach Kriegsende vom Schlachtfeld ohne allzu viele Schwierigkeiten ins zivile Leben zurückkehrten. Einige Gesellschaften wie etwa die britische (mit Irland als bemerkenswerter Ausnahme) erlebten nach 1918 sogar eine Deeskalation von Gewalt. Sicher hatte der Erste Weltkrieg die Soldaten zu schreckenerregenden Gewaltmaßnahmen getrieben, doch konnte, was entscheidend ist, der Staat sein innenpolitisches Gewaltmonopol bewahren. Die Brutalität des Bürgerkriegs erwuchs aus der Gewalt des Ersten Weltkriegs, wies aber Charakterzüge auf, die sich plausibler durch das Gegeneinander von Revolution und Konterrevolution und den Zusammenbruch der sozialen Ordnung erklären lassen.[66] Zudem gab es Gewaltformen, deren Vorläufer bis weit in die Zeit vor 1914 zurückreichen. So sind z. B. die Pogrome von 1919 die dritte Welle antijüdischer Gewalt nach 1881–84 und 1905–06, wenngleich in einem bislang so nicht gekannten Umfang und durch den Zorn der Revolutionäre und Konterrevolutionäre angeheizt. Allgemeiner gesagt hatte die Gewalt häufig nicht so sehr mit dem Ersten Weltkrieg oder der Revolution zu tun, sondern entwickelte sich aus dem Zerfall „vertrauter, alltäglicher Autoritätsmuster", entstand in einer Situation, die bereits existenten sozialen Spannungen und Rivalitäten sowie dem verzweifelten Kampf um knappe Ressourcen den Ausbruch in Gewaltsamkeit erlaubte.[67]

Einige Historiker betonen die „Modernität" der im Bürgerkrieg ausgeübten Gewalt. Sie sehen im Ersten Weltkrieg den Auslöser für eine massive Ausweitung und Militarisierung von Praktiken zur Formung und Formierung des „sozialen Körpers". Sie meinen damit Praktiken wie Klassifizieren, Sammeln von Informationen, Überwachen (z. B. durch

Polizei), Einkerkern und Deportieren – Praktiken, die ihren Ursprung im 19. Jahrhundert haben[68]. In Episoden wie der „Entkosakisierung", die im März 1919 stattfand, sehen sie die Bürgerkriegsgewalt nicht so sehr aus dem Verlangen nach der Zerschlagung des politischen Feindes entstehen, als vielmehr aus dem Bestreben, eine von verunreinigenden Elementen gesäuberte Gesellschaft zu schaffen.[69] Das verräterische Wort, das in Verbindung mit der Entkosakisierung verwendet wurde, lautet *istreblenie*, „Vernichtung" oder „Auslöschung" und scheint auf schreckliche Weise die späteren Ereignisse vorwegzunehmen. Das Wort taucht auch noch in anderen Zusammenhängen auf. Nachdem Streitkräfte des Komutsch am 7. August 1918 Kasan eingenommen und Hunderte von Sympathisanten der Sowjets getötet hatten, schrieb Lenin an Trotzki: „Meiner Meinung nach ist es falsch, die Stadt zu verschonen und die Angelegenheit weiter zu verzögern, weil gnadenlose Vernichtung (*istreblenie*) notwendig sein wird, wenn Kasan erst einmal eisenfest eingeschlossen ist."[70] Zum Glück erwies es sich nicht als notwendig. Inwieweit solche Worte tödlich ernst gemeint waren, ist nicht klar, doch selbst in übertragener Bedeutung nehmen sie die gräulichen Praktiken späterer totalitärer Regime vorweg. Dennoch war Gewaltausübung mit dem Ziel, bestimmte Gruppen, die als gesellschaftsschädlich angesehen wurden, zu entfernen, z. B. durch Massendeportation, kein häufiges Phänomen, während „bürgerliche Elemente" oder „Aristokraten" Opfer von Diskriminierung und bisweilen auch Internierung wurden.

Was die Formen der Kriegführung anbetrifft, so war der Bürgerkrieg weitaus weniger „modern" als der Erste Weltkrieg. Sicherlich wurden gepanzerte Züge eingesetzt, um zwei bis vier Artilleriegeschütze mittleren Kalibers plus vier bis 16 Maschinengewehre zu transportieren, wobei die Roten hier anfänglich im Vorteil waren. Doch Mitte 1919 hatten die Weißen dank alliierter Unterstützung gleichgezogen. Die Alliierten versorgten die Streitkräfte Südrusslands auch mit Panzern, einer Waffe, die den Roten fehlte, doch blieb der Einsatz von Panzern ohnehin begrenzt. Zwar setzten beide Seiten Flugzeuge für Luftbombardements ein – auch in der Schlacht um Kasan im August und September 1918, doch geschah das eher selten, und Giftgas kam überhaupt nicht zur Verwendung.[71] Der Einsatz bestimmter Waffen signalisiert Gemeinsamkeiten mit den Militärpraktiken des Ersten Weltkriegs, doch ansonsten hatten die Kampfhandlungen einen anderen Charakter: Es war ein Krieg der Manöver, bei dem es oftmals um Vormarsch und Rückzug entlang von Eisenbahnlinien und eine durch Kavallerie garantierte Beweglichkeit ging. Obwohl einige Waffen technisch avanciert waren, wurde zumeist die kurze Distanz bevorzugt, bei der Gewehre oder Säbel zum Einsatz kamen.

Die Unterdrückung der sozialistischen Opposition

Während des Bürgerkriegs waren die sozialistischen und anarchistischen Parteien nicht in der Lage, den Bolschewiki eine geschlossene Front der Opposition entgegenzusetzen.[72] Das wird häufig nur der bolschewistischen Unterdrückung zugeschrieben, doch obwohl sie der ausschlaggebende Faktor war, sollte man das Versagen der Opposition nicht unberücksichtigt lassen. Die weitaus größte Bedrohung für die Bolschewiki waren die Sozialrevolutionäre. Nach der Auflösung der Verfassunggebenden Versammlung wurde das „Zentrum" der Partei zunehmend von seinem rechten Flügel überstimmt, der den bewaffneten Widerstand gegen das neue Regime befürwortete. Für diese Politik traten die Sozialrevolutionäre nach dem Aufstand der Tschechischen Legion insgesamt ein, doch als Koltschak die Regierung von Omsk stürzte, distanzierte sich die Mehrheit wieder von ihrem Engagement für den bewaffneten Widerstand.[73] Und nach der Revolution in Deutschland kam das Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre zu der Ansicht, dass der Übergang zum Sozialismus mittels Kooperativen und Formen kollektiven Eigentums auf der Tagesordnung stand. Ende November 1918, am Vorabend der Niederlage der Roten bei Perm, machten die Bolschewiki der Partei der Sozialrevolutionäre Angebote. Anfang 1919, nachdem die Partei sich zur „dritten Kraft" erklärt und den bewaffneten Kampf gegen die bolschewistische Diktatur widerrufen hatte, wurde sie Ende Februar legalisiert. Doch weil die Zeitung der Partei das Regime weiterhin angriff, blieben die Beziehungen äußerst belastet, und die Annäherung war immer nur kurzlebig.

Im Mai 1919 stimmte das Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre dafür, dem Kampf gegen die Weißen den Vorrang zu geben und gegen die Bolschewiki erst später vorzugehen. Aber der Einfluss des Komitees auf die Organisationen in der Provinz war schwach: In Kiew unterstützte die

Partei Denikin, was zum Ausschluss des lokalen Apparats führte, während die Sozialrevolutionäre in Sibirien mit den Bolschewiki zusammenarbeiteten und deshalb vom Zentrum gerügt wurden. Zu diesem Zeitpunkt räumten die meisten Sozialrevolutionäre dem Kampf gegen die Weißen den Vorrang ein, konnten sich aber nicht darüber einig werden, ob das die Einstellung des Kampfes gegen die Bolschewiki erforderlich machte. Der Versuch, als „dritte Kraft" zu handeln, schlug fehl, und 1920 saßen die Mitglieder des Zentralkomitees mehrheitlich im Gefängnis.

Nach dem Oktober waren die Menschewiki einige Monate lang davon überzeugt, dass die Bolschewiki sich nicht an der Macht würden halten können. Die katastrophalen Ergebnisse der Menschewiki bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung und ihr rapider Mitgliederschwund (von etwa 150 000 im Dezember auf weniger als 40 000 Ende 1918) führte zu einem gewissen Rückgang der parteiinternen Spaltungen.[74] Das von Dan geführte „Zentrum" wie auch die Linke unter Martow lehnten den bewaffneten Kampf ab und wollten eine starke Arbeiterbewegung ins Leben rufen, die sich für Bürgerrechte und eine demokratische Regierung einsetzen könnte. Doch im Sommer 1918 trat eine Handvoll Menschewiki den antibolschewistischen Regierungen in Samara, Omsk, Jekaterinburg und Baku bei, unter ihnen auch Iwan Maisky, der später als sowjetischer Botschafter im Vereinigten Königreich tätig sein sollte. Nach Koltschaks Putsch jedoch waren die Menschewiki vorbehaltlos für eine Unterstützung der Roten Armee, in der sie den „Verteidiger der Revolution" sahen, und sie haderten mit den Alliierten, weil diese Russland verlassen hatten. Während der ersten drei Monate 1919 operierte die Partei weitgehend legal, doch die Entschiedenheit, mit der die Menschewiki Streikende unterstützten und die Sowjets und Gewerkschaften wieder belebten, ließ sie regelmäßig mit der Tscheka kollidieren. Im Herbst 1921 hatte die menschewistische Partei auf nationaler Ebene an die 4000 Mitglieder, blieb aber in einigen wenigen Ortschaften wie etwa Tula trotz aller bolschewistischen Tricks im Stadtsowjet in der Mehrheit.[75] Und noch während der 1920er Jahre wurden illegal arbeitende menschewistische Gruppen ausgehoben.

Die Linken Sozialrevolutionäre waren über den Friedensvertrag von Brest-Litowsk so erzürnt, dass sie sich aus dem Rat der Volkskommissare zurückzogen und so eine parteienfreie Regierung schufen. Allerdings

wurde die lokale Zusammenarbeit mit den Bolschewiki, z. B. im „Rat der Kommissare des nördlichen Oblast", noch für einige Monate fortgesetzt. Auch die Ankündigung einer „Lebensmitteldiktatur" (im Mai) vertiefte die Spaltung zwischen Sozialrevolutionären und Bolschewiki. Am 4. Juli 1918 genehmigte das Zentralkomitee der Linken Sozialrevolutionäre die Ermordung des deutschen Botschafters, weil es sich dadurch eine Neubelebung des Kriegs gegen Deutschland erhoffte. Zwei Tage später brachte Jakow Bljumkin, ein hochrangiger Tscheka-Agent, Wilhelm von Mirbach um, und am 30. Juli fiel Feldmarschall von Eichhorn in Kiew einem Attentat zum Opfer. Als die Bolschewiki auf dem zur gleichen Zeit stattfindenden Fünften Sowjetkongress die Fraktion der Linken Sozialrevolutionäre verhaften ließ, reagierten die Parteimitglieder mit der Besetzung des Hauptquartiers der Tscheka in Moskau und der Verhaftung Dserschinskis. Dieser Aufstand, würdig eines Don Quixote, sollte nicht die Regierung stürzen, sondern die Bolschewiki zum Bruch mit dem „Opportunismus" bewegen, doch erwies er sich als Rohrkrepierer. Im Juni 1918 hatte die Partei der Linken Sozialrevolutionäre an die 100 000 Mitglieder und, angesichts ihrer Unterstützung durch die Landbevölkerung, das größte Potential aller Oppositionsparteien, die Regierungspolitik zu beeinflussen. Dennoch gelang es den Sozialrevolutionären, diesen Vorteil zu verspielen. In den drei Monaten nach dem „Aufstand" ging die Mitgliedschaft um zwei Drittel zurück, und als im Oktober der Vierte Parteikongress abgehalten wurde, zeigte sich in den Reihen eine verwirrende Vielfalt von Spaltungen.

Der Kongress warf den Bolschewiki vor, sie wollten „die Diktatur der arbeitenden Menschen durch eine Diktatur der bolschewistischen Partei ersetzen" und einen „korporativen Sozialismus" errichten. Seltsamerweise jedoch versuchte der Kongress nicht, aus der weitverbreiteten Feindseligkeit der Bauern gegenüber der „Lebensmitteldiktatur" Kapital zu schlagen, und eine Mehrheit befürwortete sogar die Entscheidung der Bolschewiki, Komitees armer Bauern zu gründen, um den Klassenkampf im Dorf voranzutreiben, obwohl diese Politik sich bereits als kontraproduktiv erwiesen hatte. Zwar lehnte der Kongress die Politik terroristischer Aktionen auf russischem Boden ab, bedachte aber die in der Ukraine von Bljumkin organisierten Partisanenkämpfe hinter Petljuras Linien, die sich als für die Rote Armee nützlich erwiesen, mit Beifall. Die

gefürchtete Aktivistin Maria Spiridonowa betrachtete, was sie als Bevorzugung des Kampfs gegen die Weißen sah, mit Missfallen, doch im April/Mai 1920 hatte die Mehrheit im Zentralkomitee der Linken Sozialrevolutionäre dem bewaffneten Kampf gegen die Bolschewiki eine Absage erteilt, was diese nicht daran hinderte, die sogenannten „Aktivisten" in der Ukraine zu verhaften, sobald sie die Kontrolle über das Territorium zurückerlangten, und einen Kongress der Linken Sozialrevolutionäre zu verbieten. Das führte im Mai 1920 zu einem letzten, selbstmörderischen Ausbruch von Aktivitäten seitens einer Minderheit von Partisanen (die unter anderem dreimal den Versuch unternahmen, Bljumkin zu ermorden, der sich im April 1919 wieder den Bolschewiki angeschlossen hatte). Aber dem ehemaligen Volkskommissar für das Justizwesen, Steinberg, gelang mit der Parteimehrheit eine Annäherung an das Regime, und im Oktober 1920 wurde die Partei für kurze Zeit legalisiert.

Die Bolschewiki betrachteten die sozialistischen Oppositionsparteien nur mit Verachtung; für sie waren es bestenfalls Opportunisten und schlimmstenfalls Komplizen der Konterrevolution. Lenin war von Anfang an auf die Errichtung einer Einparteiendiktatur vorbereitet, wenn nur so die „Sowjetmacht" bewahrt werden könnte; andere in der Führung, wie etwa Kamenew, sahen ein, dass Sowjets ihrem Wesen nach mehrparteilich organisiert waren, und nahmen die mit dem Phänomen „Sowjetmacht" verbundene Verpflichtung sehr viel ernster. Doch als im Frühjahr 1918 die Opposition in der Arbeiterklasse wuchs und vor allem nach dem Ausbruch des Bürgerkriegs im Mai hielten die meisten Bolschewiki schon die rein verbale Kritik am Regime für intolerabel, da sie sich in einem Kampf auf Leben und Tod um die Bewahrung des Arbeiterstaats begriffen. Sicher zeigten sich bolschewistische Führer in kritischen Situationen zu Kompromissen bereit, doch blieben diese kurzfristig und waren wenig substantiell. Warum auch sollten sie denen trauen, die behaupteten, dem Kampf gegen die Weißen Priorität einzuräumen, sich aber gleichzeitig das Recht vorbehielten, mit Waffen gegen das Regime vorzugehen? Oder jenen, die bekundeten, das Regime zu unterstützen, obgleich sie Vernichtungsangriffe dagegen führten? Als der Bürgerkrieg intensiver wurde, verhärtete sich die anfänglich pragmatisch orientierte Beschränkung der Oppositionsparteien zu einer prinzipiellen Haltung, die den „kleinbürgerlichen" Parteien das Recht auf Existenz absprach.

Man war für oder gegen die bolschewistische Ordnung. Wie erfolgreich die bolschewistische Unterdrückung der Opposition war, lässt sich am dramatischen Rückgang der Zahl ihrer Vertreter in den Sowjets ablesen: Betrug ihr Anteil 1918 noch 14,2 Prozent, so waren es 1920 nur noch 0,2 Prozent, und 1922 waren sie ganz verschwunden.[76] Die Erfahrung mit Bürgerkriegen in anderen Ländern zeigt, dass die Chancen für „dritte Parteien" – man denke an die Anarchisten der POUM im Spanischen Bürgerkrieg oder die „Demokratische Liga" im China der späten 1940er Jahre – kaum oder gar nicht vorhanden sind.

Eine partielle Ausnahme bildeten die russischen Anarchisten, die im Bürgerkrieg tapfer auf Seiten der Roten kämpften, in ihrer Kritik an der „Kommissarokratie" aber unbeugsam blieben. Ihr Einfluss wurde nach dem Oktober größer, doch gelang es ihnen – wenig erstaunlicherweise – nicht, dauerhafte und wirkungsvolle Organisationen aufzubauen. Im Winter 1917/18 schmückten sich viele kriminelle Banden mit dem Etikett „anarchistisch", und viele Anarchisten operierten gern in einem halbkriminellen Milieu, um willkürliche Enteignungen vorzunehmen. Im April 1918 löste die Tscheka in Petrograd, Moskau, Jekaternoslaw und Wologda „Schwarze Garden" auf, die sich wertvolle Residenzen angeeignet hatten. In Moskau kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, bei denen 40 Anarchisten und etwa 12 Tschekisten starben. Politisch ernstzunehmender waren die etablierten anarchistischen Gruppen, die in zwei ideologisch unterschiedliche Richtungen zerfielen. Da gab es die Anarchokommunisten, deren erster Kongress im Herbst 1918 von A. A. Karelin zusammengerufen wurde, und aus dem sich ein anarchistischer Jugendbund entwickelte, der in 23 Städten präsent war. Im Allgemeinen besser organisiert waren die Anarchosyndikalisten, die 1917 in der Arbeiterbewegung einigen Einfluss besessen hatten. Während des Bürgerkriegs kämpfte die von G. P. Maximow geführte Gruppe „Stimme der Arbeit" für die Verteidigung von Fabrikkomitees und freien Gewerkschaften und hielt eine Reihe von Konferenzen ab. Allerdings wurde die Moskauer „Freie Stimme der Arbeit" wegen ihrer herben Kritik an den Bolschewiki verboten. Die formelle Gründung des „Allrussischen Bundes der Anarchosyndikalisten" fand erst im Oktober 1920 statt.

Das Kernland der anarchistischen Aktivitäten war die Ukraine, wo Machnos „Revolutionäre aufständische Armee" (die *Machnowschtschi-*

na), die ihre Basis in der fruchtbaren Provinz Jekaterinoslaw hatte, eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Weißen und Petljura spielte. Machnos Truppen kämpften für freie Sowjets, die von der arbeitenden Bevölkerung gewählt werden und eine umfassende soziale Revolution bewerkstelligen sollten. Bisweilen kämpfte Machno für die Bolschewiki (hauptsächlich dank W. A. Antonow-Owsejenko, dem Befehlshaber der Roten, der, anders als Trotzki, die Anarchisten als „echte Kämpfer für die Revolution" ansah), bisweilen kämpfte er gegen sie. Es gab auch noch andere einflussreiche anarchistische Gruppen in der Ukraine, wie etwa die von W. M. Wolin und P. A. Arschinow geführte Tocsin (Nabat) in Kursk, die sich mit Machno verbündete – ein Versuch zur Vereinigung der anarchistischen Organisationen in der Ukraine. In Sibirien und Fernost bildeten Anarchisten häufig das Rückgrat vieler Partisaneneinheiten der Roten.

Die hauptsächliche Verantwortung für die Entwicklung zu einer Einparteiendiktatur lag zwar bei den Bolschewiki, doch haben die Oppositionsparteien an ihrem Schicksal durchaus mitgearbeitet. Nach dem Oktober sahen sie sich mit einem Szenario konfrontiert, auf das ihre Ideologien sie nur schlecht vorbereitet hatten, und es war für sie nicht einfach, sich in eine Situation zu finden, in der die herrschende Macht sozialistisch zu sein beanspruchte. Mit Ausnahme der Menschewiki erwies sich die Opposition als unfähig, mit innerem Dissens umzugehen oder eine einheitliche Politik zu entwickeln, und die Tscheka lernte schnell, solche Spaltungen zu nutzen. Zudem fehlte den linken Parteien schlicht das Geld. Erhellend ist, wie sehr sie – im Gegensatz zu den Bolschewiki – noch in der vorrevolutionären Phase steckengeblieben waren, in der die „Intelligenzija" wortreich zu reden pflegte statt zu handeln. Obwohl also die Enttäuschung in der Bevölkerung wuchs, gelang es nur linken Sozialrevolutionären und Menschewiki, in der Führung von Streiks und Bauernaufständen festen Halt zu finden (und bei Letzteren nur im Winter 1920/21).

Die Einparteiendiktatur in Aktion

Der Ausbruch des Bürgerkriegs machte es zwingend notwendig, die extreme Dezentralisierung der Macht, die es in der ersten Hälfte des Jahres 1918 gegeben hatte, zurückzufahren. Gemäß der Verfassung

von 1918 war das „Zentrale Exekutivkomitee der Sowjets" das „oberste gesetzgebende, administrative und kontrollierende Organ der RSFSR", doch im Verlauf des ersten Jahrs ratifizierte es lediglich 68 der 480 vom Rat der Volkskommissare verabschiedeten Dekrete. Nachdem im Juni 1918 die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aus dem Exekutivkomitee ausgeschlossen worden waren, verlor es seine Rolle als Forum für die Opposition und trat im Verlauf des Jahres 1919 kaum noch zusammen. Schon bald geriet es in den Schatten eines neugegründeten „Verteidigungsrats der Arbeiter und Bauern", über den es in der Gründungsurkunde vom 30. November 1918 hieß, seine Aufgabe sei es, die Arbeit der Wirtschaftsorganisationen mit den Bedürfnissen der Verteidigung zu koordinieren. Lenin hatte den Vorsitz inne und konnte so seine beträchtlichen Organisationstalente in den Dienst der Kriegsanstrengungen stellen. Im Kernbereich, der weiterhin bolschewistischer Kontrolle unterstand, waren die Sowjets, deren Führungspersonal jetzt ernannt und nicht mehr gewählt wurde, wie zuvor verantwortlich für die Umsetzung der Politik der zentralen Ministerien und oberen Parteiorgane.

In dem umfangreichen Territorium jedoch, das die Bolschewiki von den Weißen zurückerobert hatten, oder in frontnahen Gebieten waren nicht Sowjets, sondern Revolutionskomitees die entscheidende Autorität in allen zivilen und militärischen Angelegenheiten. Es waren Sonderorgane, die auf Provinz-, Bezirks- oder Kreisebene ad hoc eingerichtet wurden, normalerweise von den politischen Abteilungen der Roten Armee. Diese Komitees hatten die Aufgabe, die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Versorgung der Roten Armee sicherzustellen, doch ihr eigentliches Ziel war die Wiederherstellung politisch verlässlicher Sowjets. 1920 gab es allein in Regionen der Don- und Terekkosaken an die 500 Revolutionskomitees, und etwa 700 in der Kuban-Schwarzmeer-Region.[77] Als der Sieg in Sichtweite rückte, hätten die Komitees aufgelöst werden sollen, doch dienten sie nach der Wiedereroberung des Kaukasus als Ersatz für Sowjets und existierten in Teilen von Sibirien, Fernost und Zentralasien noch bis Mitte der 1920er Jahre.

Zwar ging die Entwicklung hin zur Zentralisierung der Macht in den Händen der Parteioligarchie, doch funktionierte das befehlsadministrative System eher wie ein lockeres Ensemble konkurrierender und einander

überlappender Rechtsprechungen und nicht wie eine zentralisierte bürokratische Hierarchie. Auf Provinzebene kämpften die Parteiorganisationen darum, die Kontrolle über die Sowjetautoritäten zu erlangen, und beide wiederum wehrten sich gegen Übergriffe der provinzialen Tscheka oder provinzialer Organe der Kommissariate für Wirtschaft und Lebensmittel. In frontnäheren Ortschaften konnten Revolutionskomitees mit lokalen Parteiorganen und beide wiederum mit Versorgungsabteilungen oder mit Sondergesandten des Zentrums zur Behebung bestimmter Probleme in Konflikt geraten. Da es keine klar abgegrenzten Verantwortlichkeiten gab, wurde der Zusammenhalt des Systems durch Individuen garantiert, die über Macht verfügten. So entwickelten Parteioffizielle Netzwerke von und mit Vasallen, um ihre Kontrollmöglichkeiten zu konsolidieren und Einmischung von außen abzuwehren. Zwar war das Zentrum gegen die Bildung einflussreicher Machtblöcke – das zeigt die Entscheidung vom April 1920, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine aufzulösen –, doch in praxi wusste man, dass nur etwas in Gang kam, wenn lokale Bosse über möglichst viel Macht verfügten. Mit bemerkenswerter Geschwindigkeit erschien ein neues Wort auf der Bildfläche: *komtschwanstwo*, „kommunistische Arroganz". Es beschrieb Charakterzug und Verhaltensweise dieser neuen Bosse. Sie waren schlecht gebildet und unerfahren, überdeckten aber ihre Unzulänglichkeiten durch Wichtigtuerei. Sie behandelten ihre Untergebenen schlecht und stellten ihr „Proletariertum" zur Schau. Ihr Führungsstil war von der Armee beeinflusst: Lautstark und herrisch gaben sie Befehle, denen sie durch das Schwenken einer Mauser Nachdruck verliehen.

Die Personen, die vor Ort, vor allem auf dem Lande, die Sowjets öffentlich repräsentierten, waren häufig nur sehr gering oder gar nicht qualifiziert. 1919 und 1920 erhielt das Volkskommissariat für staatliche Kontrolle Zehntausende Beschwerden über Machtmissbrauch und Korruption sowjetischer Staatsangestellter. Berichte der Tscheka äußerten sich unverblümt über das Ausmaß an Bestechung, Spekulation, Unterschlagung, Trunkenheit und Sabotage. Typisch dafür ist ein Bericht der Tscheka aus der Provinz Pensa vom Sommer 1920: „Auf dem Lande müssen wir den Appetit jener ‚Kommissare' stillen, die, wenn sie ins Dorf kommen, es für ihre heilige Pflicht halten, sich hemmungslos zu betrinken und sich dann anderen Freuden zu widmen, nämlich der Vergewaltigung von Frauen, Schießereien usw. Verbrechen wie Bestechung und das illegale Requirieren all dessen, was ihnen ins Auge fällt, sind in den Landkreisen weit verbreitet, und Repression hilft, wenn sie ausgeübt wird, nur wenig."[78]

Unterdessen stieg die Anzahl der in sowjetischen Institutionen Beschäftigten steil an: 1917 arbeitete etwa eine Million Menschen in staatlichen Institutionen, 1921 waren es zweieinhalb Millionen. Schon 1922 betrug die Anzahl der für den „Obersten Rat für Volkswirtschaft" arbeitenden Angestellten 1,2 Millionen.[79] Bereits im Juni 1918 berichtete die Tscheka aus dem Distrikt Perm im Ural:

> „Der Raub hat sich in den Organisationen schnell eingenistet und ist nur schwer an der Wurzel zu packen, weil die Glücksritter, als sie die Personalknappheit der ersten Revolutionstage bemerkten, sich als leidenschaftliche Anhänger der Sowjetmacht darstellten und Posten in den Büros und Abteilungen übernahmen … Diebstahl, Unterschlagung, Verschwendung und Sabotage sind fast alltäglich geworden, und der Kampf dagegen verlangt der jungen Tscheka viel Kraft und Energie ab."[80]

Nur wenige im neuen Heer der Schreibkräfte, Archivare, Buchhalter, Kassierer, Lagerverwalter und Fahrer empfanden für die neuen Herrscher viel Sympathie: Sie arbeiteten, um Lebensmittelrationen zu bekommen. Die meisten hatten einen niedrigen Bildungsstand, waren ineffizient, zeigten wenig Initiative und waren der alltäglichen Verfahrensroutine ergeben.

Die bolschewistische Partei, die sich 1918 in „Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki)" umbenannt hatte, wurde mit großer Geschwindigkeit von einer subversiven Organisation in eine Regierungspartei transformiert, die damit beschäftigt war, einen funktionierenden Staat aufzubauen.[81] Das Zentralkomitee der Partei war jetzt nicht mehr nur für Parteiangelegenheiten zuständig, sondern hatte auch die Aufgabe, die Leitlinien der Politik des Rats der Volkskommissare, der spezifisch zuständigen Volkskommissariate und anderer Regierungsorgane zu bestimmen. 1921 hatte das Zentralkomitee die Zahl seiner Mitglieder bereits verdoppelt, um die ständig wachsende Arbeit bewältigen zu können. Da

es nicht besonders häufig zusammentrat, wurde 1919 ein fünf Mitglieder umfassendes Politbüro eingerichtet, das sich dringlicher Probleme annehmen sollte. Seine Treffen fanden mindestens einmal wöchentlich statt, und es wurde schnell zum mächtigsten Entscheidungsträger der Partei. Als im März 1919 Jakow Swerdlow ganz überraschend an der Grippe starb, ein Mann voll unerschöpflicher Energie, der Sekretär des Zentralkomitees gewesen war und sich dabei hauptsächlich auf sein phänomenales Gedächtnis verlassen hatte, mussten die Bemühungen um eine Verbesserung der Aktenführung beschleunigt werden. Das Sekretariat wuchs 1921 von sechs auf über 600 Angestellte, konnte aber während der Dauer des Bürgerkriegs die Aufgabe, neue Rekruten zu registrieren und Truppenteilen zuzuweisen sowie Aktivisten an die verschiedenen Fronten zu schicken, nicht bewältigen. Es war auch diese Ineffektivität, die Lenin im April 1922 veranlasste, Stalin mit dem Posten des Generalsekretärs zu betrauen.[82]

Das Zentralkomitee wurde von einer Oligarchie beherrscht, die aus Lenin, Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Stalin und Bucharin bestand, aber niemand bezweifelte, dass Lenin primus inter pares war. Er genoss unumstrittene moralische Autorität, und sein außergewöhnliches politisches Führungstalent, insbesondere seine Fähigkeit, Unbeugsamkeit mit Kompromissbereitschaft zu verbinden, hielt die Oligarchie zusammen. Im Allgemeinen folgte das Zentralkomitee Lenins Weisungen, aber nicht in jedem Fall: So gelang es ihm z. B. im August 1921 nicht, die Ausschließung von Alexander Schljapnikow, dem Führer der Arbeiteropposition, zu betreiben. Im Zentralkomitee gab es keine tiefe Aufspaltung in Fraktionen, nur eine lose zusammengesetzte Gruppe, die Trotzkis Talent und Einfluss mit Neid betrachtete.

Das souveräne Organ für die Politik war immer noch der Parteitag; zwischen 1917 und 1921 fanden vier solcher Veranstaltungen statt, und das Ausmaß der politischen Konflikte war gewaltig. Fraktionen wie die „Demokratischen Zentralisten" beschwerten sich über die „Diktatur des Parteibeamtentums" und hofften, die Zentralisierung politischer Autorität mit der Beteiligung einfacher Partei- und Sowjetmitglieder verbinden zu können. Die „Arbeiteropposition" wiederum trat für die leitende Rolle der Gewerkschaften in der Industrie ein. Aber das Spektrum, innerhalb dessen sich Dissens noch legalerweise artikulieren konnte, wurde kleiner.

Im Oktober 1917 war es für einen Bolschewiken noch völlig normal, dafür einzutreten, dass in den Sowjets auch andere sozialistische Parteien vertreten sein sollten oder dass die Pressefreiheit auch für „bürgerliche" Publikationen galt. Am Ende des Bürgerkriegs war so etwas undenkbar geworden. Im März 1921 verbot der X. Parteitag vor dem Hintergrund der Rebellion der Kronstädter Matrosen (siehe dazu Kap. 5) die Fraktionsbildung. Es sollte eine zeitlich begrenzte Maßnahme sein, die jedoch nie wieder aufgehoben wurde.

Zwischen dem VIII. Parteitag (der im März 1919 stattfand) und dem X. Parteitag wuchs die Partei von 313 000 auf 730 000 Mitglieder. Das war im Verhältnis zur Bevölkerung immer noch wenig, und 1920 gab es in der Mehrheit der 10 000 Stadtgemeinden des europäischen Teils keine Parteiorganisation. Verglichen mit 60 Prozent im Jahr 1917 waren jetzt noch 41 Prozent der Parteimitglieder Arbeiter, doch zumeist nur noch ihrer sozialen Herkunft nach. Sie arbeiteten nicht mehr in der Fabrik, sondern waren auf Posten in der staatlichen Verwaltung, in Wirtschaftsorganen oder der Roten Armee befördert worden. Die anderen Mitglieder teilten sich mehr oder weniger gleichmäßig in zwei Gruppen auf: in Bauern (zumeist Soldaten) und Angestellte (die überwiegend in den Staatsapparaten arbeiteten). Am Vorabend des X. Parteitags erklärte Leonid Krassin: „Die Quelle all der Leiden und Unerfreulichkeiten, die wir derzeit erleben, besteht darin, dass die Kommunistische Partei zu 10 Prozent aus überzeugten Idealisten besteht, die bereit sind, für die Idee zu sterben, und zu 90 Prozent aus gewissenlosen Opportunisten, die in die Partei eingetreten sind, um einen Posten zu ergattern."[83] Krassin gab der wachsenden Überzeugung Ausdruck, dass die Partei von Karrieristen gekapert worden sei, und sollte die Säuberung von 1921 ein Hinweis sein, dann hatte er recht, denn nicht weniger als 24 Prozent der 732 000 Parteimitglieder wurden ausgeschlossen. Gründe waren „Faulheit", „mangelnde Entschlossenheit", „Unzuverlässigkeit", „Verleumdung der Sowjetmacht", „Egoismus", Karrierismus, Trunkenheit, „bourgeoise" und „ausschweifende Lebensweise".[84]

Es kann nicht überraschen, dass viele einfache Parteimitglieder nun die Privilegien „derer da oben" heftig zu kritisieren begannen. Im Juni 1920 berichtete Jewgeni Preobaschenski dem Zentralkomitee, dass die „Mehrheit der einfachen Parteimitglieder" für Slogans wie „Nieder mit

der privilegierten Kaste der kommunistischen Elite!" eintrete.[85] Was mit diesen Privilegien verbunden sein konnte, zeigt der Tagebucheintrag des Schriftstellers Kornej Tschukowski vom 24. November 1919: „Gestern war ich bei Gorki am Kronwerski. Sinowjew war da. Vor dem Eingang sah ich zu meinem Erstaunen ein prächtiges Automobil, über dessen Sitze nachlässig ein Bärenfell geworfen war. Sinowjew – klein und fett – sprach mit heiserer und übersättigter Stimme."[86] Zwar lebten die meisten Mitglieder der Oligarchie eher spartanisch, doch die Tatsache, dass für das Personal des Kreml „eiserne" Rationen vorgesehen waren, und das zu einer Zeit, da Zehntausende hungerten, musste Widerwillen hervorrufen. Auf der Neunten Parteikonferenzim September 1920 räumte Sinowjew ein, dass die Kluft zwischen den *nisy*, „denen da unten", und den *werchi*, „denen an der Spitze" in der Partei „das vordringlichste Thema" sei. Eine Kommission wurde eingesetzt, um die „Kreml-Privilegien" zu untersuchen. Ihre Empfehlungen aber wurden nie in die Tat umgesetzt.[87] 1920/21 kam es zu einer schweren moralischen Krise in der Kommunistischen Partei. Das Stichwort „Bürokratie" breitete sich aus, in dem sich die Empörung über Schlendrian und Karrierismus mit Enttäuschung über den willkürlichen Transfer von Kadern und der Ersetzung von Parteikomitees durch politische Abteilungen, wie sie Trotzki in der Roten Armee eingeführt hatte, verband. Im weiteren Sinne war dieser Diskurs Ausdruck einer Enttäuschung über autoritäre Politik und die Unterdrückung von Demokratie. Dass „Bürokratie" schlecht sei, war allseits zustimmungsfähig, und Parteimitglieder neigten zu der Ansicht, sie sei mit dem Eintritt „klassenfremder Elemente" in die Verwaltung der Partei und der Sowjets verbunden. Damit waren die oberen Parteietagen ihrer Verantwortung für dieses Phänomen enthoben. Zudem waren sich Parteiführung und Angehörige der linken Opposition darin einig, dass zumindest eine Lösung für das „Bürokratie"-Problem in der „Proletarisierung", d. h. der Beförderung von Arbeitern auf Posten mit Verantwortung bestand. Allerdings lag auf der Hand, dass Proletarier in solchen Positionen sich häufig kaum anders aufführten als jene Beamten, die nahtlos von zaristischen Ministerien oder Semstwos in Kommissariate oder Sowjets gewechselt waren.

Was der Parteiführung jedoch die stärksten Kopfschmerzen verursachte, war der Ruf der oppositionellen Fraktionen nach Wiederherstellung innerparteilicher Demokratie. Als Timofej Sapronow, Führer der „Demokratischen Zentralisten", auf dem IX. Parteitag eine größere Verantwortlichkeit des Zentralkomitees forderte, erwiderte Lenin: „Die sowjetische sozialistische Demokratie ist mit der von einer Person ausgeübten Diktatur durchaus vereinbar ... ein Diktator kann bisweilen den Willen einer Klasse zum Ausdruck bringen, da er zuzeiten alleine mehr erreichen kann und insofern von größerem Nutzen ist." Diese Haltung hat Lenin niemals widerrufen, auch nicht, als ihn das Bürokratie-Problem gegen Ende seines Lebens quälte. Seiner unter den gegebenen Umständen vielleicht realistischen Einschätzung nach war eine zentralisierte Diktatur für die Sicherung der Revolution lebensnotwendig; bestenfalls konnte den Massen gestattet werden, jene zu kontrollieren, die in ihrem Namen regierten. Insofern waren die Maßnahmen, die zur Behebung der vielen unterschiedlichen im Begriff „Bürokratie" zusammengefassten Probleme ergriffen wurden, wenig wirksam. Zu den umfassenderen gehörten die Einrichtung einer „Arbeiter- und Bauerninspektion" (*Rabkrin*), um die Aktivitäten von Regierungsorganen zu überprüfen, und einer „Zentralen Kontrollkommission" zur Überwachung der Tätigkeiten der Partei. Allerdings dürften die beiden Organisationen eher zum Problem, das sie lösen sollten, beigetragen haben, denn ihr Personal wuchs so schnell wie die von ihnen erzeugten Berge bedruckten Papiers. Niemand nämlich sah, dass die grundlegenden Ursachen der „Bürokratie" im massiven Anwachsen des Staatsapparats selbst und der Abwesenheit einer Kultur rationaler und unpersönlicher Autorität und rechtlicher Regulierung lagen.

Ebenso verhinderte der „Bürokratie"-Diskurs jede Erörterung der moralischen Degeneration, die der Bürgerkrieg in der Partei ausgelöst hatte. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die in Fleisch und Blut übergegangene Annahme, dass jede auch noch so abstoßende Maßnahme mit der Behauptung, sie diene der Bewahrung des Arbeiterstaats, gerechtfertigt werden konnte. Als die russisch-jüdisch-italienische Revolutionärin Angelica Balabanoff 1919 zu ihrer Überraschung zur Sekretärin der Dritten Internationale ernannt wurde (siehe Kap. 6), begann sie, als freier Geist, schon bald, den „einseitigen, eigennützigen, dogmatischen, autoritären, manipulativen, organisationstechnischen" Ansatz von Lenin und Sinowjew zu kritisieren.[88] Zur Zeit des Zarismus, bemerkte sie,

> „wurden die Tätigkeiten derer, die, um das erstrebte Ziel herbeizuführen, sich zweifelhafter Mittel bedienten, als durch ihre persönliche Aufopferung entsühnt betrachtet… Aber als eben dieses Prinzip mit dem Machtzuwachs der Bolschewiki von Personen vertreten wurde, die nicht im Interesse eines idealistischen Ziels, sondern in ihrem eigenen Interesse handelten, begann der Niedergang: die Zerstörung von Grundsätzen, Skrupeln, Hemmungen, von Idealismus und Idealen … Wenn, wie Lenin es häufig in seinen Reden und Schriften tat, der Führer einer Regierung erklärt, dass, um reaktionäre Gewerkschaften zu zersetzen, ‚die Kommunisten, falls notwendig, die Wahrheit entstellen und mit List und Verschlagenheit vorgehen müssen', und wenn Lenin als Führer der Bolschewiki einmal sagte, Verleumdung sei akzeptabel, um eine Gruppe von Dissidenten zu ‚erledigen', sollte man sich nicht darüber wundern, dass später Leute innerhalb und außerhalb der Partei eben diese Methoden anwendeten, um ihre Ziele zu erreichen."[89]

Aber es war Karl Kautsky, einer der führenden Köpfe der deutschen Sozialdemokratie und in den Augen der Bolschewiki der Erzrenegat schlechthin, der am überzeugendsten darlegte, wie sehr die Mittel einen Zweck entheiligen können. In seinem Buch *Terrorismus und Kommunismus* (erschienen 1919) heißt es: „Die Bolschewiki sind bereit, um sich zu halten, alle möglichen Konzessionen der *Bureaukratie*, dem *Militarismus*, dem *Kapitalismus* zu machen. Aber eine Konzession an die Demokratie erscheint ihnen als Selbstmord …"[90] Darauf antwortete Trotzki in einem Pamphlet im Mai 1920 (dt. 1921) mit demselben Titel wutentbrannt:

> „Wer das Ziel will, kann die Mittel nicht verwerfen. Der Kampf muss mit einer Intensität geführt werden, die die Vorherrschaft des Proletariats tatsächlich garantiert. Wenn die sozialistische Revolution eine Diktatur erforderlich macht … so folgt daraus, dass die Diktatur um jeden Preis erhalten werden muss … Die Vorherrschaft der Arbeiterklasse lässt sich nur sichern, indem man die Bourgeoisie zwingt … zu erkennen, dass es für sie zu gefährlich ist, gegen die Diktatur des Proletariats aufzubegehren, sie durch Verschwörungen, Sabotage, Aufstände oder die Anforderung ausländischer Truppen zu untergraben … Wer den Terrorismus prinzipiell ablehnt – d. h. Unterdrückungs- und Einschüchterungsmaßnahmen gegen die entschlossene und bewaffnete Konterrevolution ablehnt –, muss die ganze Idee der politischen Vorherrschaft der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Diktatur verwerfen."[91]

Natürlich hatte Trotzki recht, wenn er höhnisch darauf hinwies, dass es leichter sei, „tränenreiche Pamphlete" zu schreiben als einen Bürgerkrieg zu gewinnen, doch zeigt die Wut seiner Entgegnung, dass Kautsky einen Nerv getroffen hatte.

Als der ehemalige Drechsler Alexander Schottmann im Oktober 1917 daran zu zweifeln wagte, dass „sogar eine Köchin oder eine Hausbedienstete" den Staat leiten könne, entgegnete Lenin: „Unsinn! Jeder Arbeiter kann binnen weniger Tage jedes Ministerium bewältigen." 1921 jedoch klang Lenin ganz anders: „Weiß etwa jeder Arbeiter, wie der Staat zu regieren ist? Leute der Praxis wissen, dass das Märchen sind … Wer von den Arbeitern hat eine Leitungstätigkeit ausgeübt? Einige tausend in ganz Russland, nicht mehr."[92] Die Bolschewiki hatten das Privateigentum an Produktionsmitteln mit erstaunlicher Leichtigkeit abgeschafft, doch als Nebenprodukt den Zusammenbruch der Arbeiterklasse hervorgerufen. Da nun die Kraft fehlte, die eigentlich den Sozialismus aufbauen sollte, kam Lenin zu der Überzeugung, dass der Staat den Fortschritt des Sozialismus garantieren müsse und dass jede Stärkung des Staats im Großen und Ganzen einer Stärkung des „Proletariats" gleichkäme. Er ahnte nicht, dass der Staat selbst zum Ausbeutungsinstrument werden könnte, und begriff kaum, auf welche Weise die Bolschewiki dabei waren, zu Gefangenen eben jenes Apparates zu werden, den sie der Theorie zufolge kontrollierten.